



Göttinger Institut für  
Demokratieforschung

**GEDANKEN ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SELBSTVERSTÄNDNIS**

VON DAVID BEBNOWSKI, JÖRAN KLATT, PHILIPP KUFFERATH, ROBERT LORENZ, MICHAEL LÜHMANN

## **INHALT**

Zur Einordnung – Historisch-m(eth)odische Reflexionen	2
Bestand – Eine alte Debatte um den pathologischen Charakter wissenschaftlicher Methodik	3
Erweiterung – Wie weiter mit den Methoden?	7
Erweiterung – Chancen und Grenzen rein quantitativer Forschungsansätze	8
Erweiterung – Missverständene Erkenntniswege und ein Plädoyer für Kooperation	11
Zugänge – Der Politikwissenschaftler als Historiker	12
Zugänge – Wiederkehr der Narrativität	14
Zugänge – Der Politikwissenschaftler als Ethnologe	16
Darstellung – Sprache	18
Anspruch – Eine neue Kultur des Schreibens	20
Anspruch – Öffentlichkeitsorientierung	22
Ausblick – Der Politikwissenschaftler als Politikwissenschaftler	24

## ZUR EINORDNUNG – HISTORISCH-M(ETH)ODISCHE REFLEXIONEN

Innerhalb der sozialwissenschaftlichen Wissenschaftskultur nimmt die Diskussion über methodische und theoretische Zugänge zum Forschungsgegenstand oftmals einen größeren Stellenwert ein als der fachliche Streit über inhaltliche Fragen.<sup>1</sup> Wissenschaftlichkeit definiert sich über intersubjektiv nachvollziehbare Vorgehensweisen und im Gegensatz zum journalistisch-publizistischen Vorgehen über eine kontrollierbare Herstellung von Wissen durch die Offenlegung von Methoden und Quellen. Trotz dieser Einschränkungen bieten sich dem Wissenschaftler unzählige Mittel und Wege, die gleichermaßen einen Anspruch auf hegemoniale oder zumindest angemessene innerwissenschaftliche Akzeptanz erheben. Während allerorts ein Loblied auf Interdisziplinarität, Pluralismus und Flexibilität verkündet wird, dominieren in der Diskussion der sozialwissenschaftlichen Methoden jedoch Dogmatik und Einseitigkeit.

Der Hintergrund dieser Positionierung eröffnet sich schnell, schließlich bietet wissenschaftliches Arbeiten anhand eines eng festgelegten Sets von Methoden unbestreitbare Vorteile. Durch genaue Eingrenzung des methodischen Zugangs in der zumeist quantitativ operierenden Sozialforschung strebt man, angelehnt an den naturwissenschaftlichen Wissenschaftsbegriff, möglichst exakt messbare Ergebnisse und eine neutrale Haltung – gerne Werturteilsfreiheit genannt – an. Eine strikte Begrenzung der Methoden hilft hier, Grundlagen zu ermitteln, die in einem theoriegestützten weiteren Rahmen dann analysiert und interpretiert werden können. Die Notwendigkeit und Redlichkeit dieses Zugangs sollen im Weiteren keineswegs bestritten werden, dennoch fangen die Probleme meist schon vor der Auswahl und Eingrenzung der Methoden an. Die Wahl des „richtigen“ Zugangs ergibt sich fast nie aus der Sache selbst, sondern ist die mehr oder weniger begründete Entscheidung des Forschers. Hier fließen bereits theoretische Vorüberlegungen und interessen geleitete sowie normative Annahmen ein, die eine vollständige Neutralität der Sozialwissenschaften allein schon deshalb fragwürdig erscheinen lassen.

Gleichwohl setzte sich nach 1945 der Anspruch dieser „Werturteilsfreiheit“ durch. Dieser begründete sich nicht zuletzt durch die Erfahrungen parteiischer Auftragsarbeit und kaum verhüllter ideologischer Instrumentalisierung unter dem Deckmantel der Wissenschaft, welche eine verständliche Distanz gegenüber qualitativen und hermeneutischen (d.h. verstehend-interpretativen) Zugängen nach sich zogen.<sup>2</sup> In Abgrenzung zu dieser Tradition entstand die zunehmende Hinwendung führender Sozialwissenschaftler zur international etablierten quantitativen Erhebung. Bestärkt wurde dies durch Forschungsgelder und die Besetzungspraxis für neu erschaffene Lehrstühle. Die Sozialwissenschaften versuchten sich als harte, „positivistische“ Wissenschaft zu etablieren, anstatt sich selbstbewusst innerhalb der akademischen Landschaft als „Dritte Kultur zwischen Wissenschaft und Literatur“<sup>3</sup> zu behaupten. Auch die Ausweitung der Universitäten nach 1968 und die damit einhergehende Hegemonie von Soziologie und Historischer Sozialwissenschaft

---

<sup>1</sup> Bernhard Kittel, 'Eine Disziplin auf der Suche nach Wissenschaftlichkeit: Entwicklung und Stand der Methoden in der deutschen Politikwissenschaft', Politische Vierteljahresschrift, 50 (2009), 577-603.

<sup>2</sup> Dass die Herangehensweise in der Vor- und Zwischenkriegszeit tatsächlich eher interpretierend vonstatten ging, wird unter anderem an den Texten früher Soziologen wie Max Weber oder Georg Simmel deutlich. Gleichzeitig sind die Gedanken großer deutscher Philosophen, von Hegel bis Heidegger, Zeugnisse einer allumfassenden Ausdeutung der Wirklichkeit. Ein instruktives Beispiel zwischen den Disziplinen liefert Karl Mannheims kanonischer Text zur Generationsforschung „Das Problem der Generationen“ von 1928.

<sup>3</sup> Wolf Lepenies, Die drei Kulturen. Soziologie zwischen Literatur und Wissenschaft (München [u.a.]: Hanser, 1985).

brachten nicht etwa einen Bruch mit dem empirisch-analytischen Paradigma, sondern verstärkten aus einer reformorientierten Perspektive das Denken in Statistiken, Modellen und Systemen noch.

## **BESTAND – EINE ALTE DEBATTE UM DEN PATHOLOGISCHEN CHARAKTER WISSENSCHAFTLICHER METHODIK**

Daraus folgt, dass sich die deutsche Politikwissenschaft noch immer geradezu getrieben fühlt, theoretisch angeleitete, methodisch saubere und empirisch abgesicherte Ergebnisse mit wissenschaftlich-objektivem Anspruch zu produzieren. Die Verwendung einer scheinbar komplexen Methodik diene nicht ausschließlich der Forschungsqualität. Ihre explizite Integration in Texte war auch eine Profilierungsmaßnahme, um sich als professionelle und exakte Wissenschaft zu präsentieren und zu legitimieren. Das Mittel der Methodik diene oftmals weniger einer verbesserten Forschung als der Statuseroberung. Ältere, etablierte Fächer fühlten sich von neuen, aufsteigenden herausgefordert und begannen, die vermeintlichen Eindringlinge in ihre Domäne hartnäckig zu bekämpfen. Ihre Waffe war dabei der vorgeblich aus berufenem Munde vorgetragene Vorwurf der mangelnden Wissenschaftlichkeit. Die solchermaßen kritisierten Disziplinen pflegten darauf mit der Konzentration auf eine besonders rigide Methodik zu reagieren. Sie überkompensierten die Skepsis ihrer Gegner in aller Regel mit einer Orientierung an naturwissenschaftlicher Forschungsweise, deren Wissenschaftsgüte niemand anzweifelte. Wissenschaftliche Disziplinen nutzten die gestrenge Festlegung und Befolgung einer eigenständigen Methodik bislang jedenfalls regelmäßig, um sich in einer feindseligen Umwelt im Wettstreit mit Konkurrenten zu behaupten und als seriöses Fach zu etablieren – weniger aber zur Steigerung der Forschungsqualität.

Für diese wissenschaftspathologische Bedeutung von Methodik gibt es in der Wissenschaftsgeschichte viele Beispiele. Dazu zählt vor allem die Geschichtswissenschaft, deren Berechtigung als universitäres Fach wohl heutzutage niemand mehr ernsthaft in Zweifel ziehen würde. In der Geschichtswissenschaft ereignete sich im 18. Jahrhundert eine „antirhetorische Wendung“, bei der literarisch anspruchsvolle Texte zugunsten einer streng wissenschaftlichen Doktrin brüsk abgelehnt wurden. Es gründete sich ein eigenes Organ, die „Revue Historique“, die alles bekämpfte, was sie nicht als „strenge wissenschaftliche Darstellungsweise“<sup>4</sup> anerkannte. Während der Aufklärung nahmen einige Historiker eine „Abgrenzung einer gelehrten, also professionalisierten Geschichtsschreibung von der Schönschreiberei von Literaten“ vor, zu denen u.a. Voltaire gezählt wurde. Die geschwundene Bedeutung von Aspekten wie der Präsentation von Forschungsergebnissen fiel nach Meinung von Wissenschaftshistorikern dem „Reflex eines verengten Wissenschaftsverständnisses professionalisierter Historiker“ zum Opfer, bei dem „Wissenschaftlichkeit lediglich mit den Prozeduren der Forschung und der Art von Wissensbeständen identifiziert wird“.<sup>5</sup> Die Darstellungsweise als bedeutsamen Faktor wissenschaftlichen Arbeitens anzuerkennen, galt unversehens als Ausweis minderer Forschungsqualität; eine spezifische Wissenschaftssprache wurde zum unverwechselbaren und nur wenigen geläufigen Distinktionsmerkmal emporgehoben. Theorien rechtfertigten primär „den Anspruch der

---

<sup>4</sup> Zitiert nach Jörn Rüsen: Konfigurationen des Historismus. Studien zur deutschen Wissenschaftskultur, Frankfurt am Main 1993, S. 65; dort auch das vorherige und nachfolgende Zitat.

<sup>5</sup> Jörn Rüsen: Lebendige Geschichte. Grundzüge einer Historik III: Formen und Funktionen des historischen Wissens, Göttingen 1989, S. 80.

Geschichtswissenschaft auf ihre methodische Eigenständigkeit“, als den Forschungsprozess zu erleichtern oder zu verbessern.<sup>6</sup> Dass viele Geschichtsforscher plötzlich so vehement auf die sichtbare Anwendung von Methoden beharrten, „erfolgte explizit als Schritt zur Wissenschaft, gleichsam als Erhebung der Geschichtsschreibung in den Rang einer Wissenschaft“<sup>7</sup>.

Wollte man zur exklusiven Riege wissenschaftlicher Fächer gehören, schien das offizielle Bekenntnis zu einer systematischen Methode die Eintrittskarte zu sein.<sup>8</sup> Dieses bereits im 16. Jahrhundert einsetzende Bemühen um Verwissenschaftlichung durch Methodik zeitigte tatsächlich Erfolg: Am Ende des 19. Jahrhunderts hatte die Geschichtswissenschaft mithilfe der Methodik einen neuen Status erlangt, hatte sich „als akademisch institutionalisierte Fachdisziplin mit dem vollen Selbstbewusstsein einer eigenständigen Wissenschaft“ etabliert, indem „sie als entscheidenden Gegenstand ihrer reflexiven Selbstvergewisserung die historische Methode als Regelsystem der Forschung in einer geradezu kanonisch gewordenen Form hervorhebt“<sup>9</sup>. Ein „Lehrbuch der historischen Methode“ komplettierte sogleich das szientistische Antlitz der Geschichtswissenschaft.

Allerdings bemerkten die Historiker im Zuge ihrer Forschungen, die Übernahme naturwissenschaftlicher Verfahren übertrieben zu haben. Sie ahnten nun, „die klassischen Bereiche demonstrativer Erkenntnis, die Logik und die Mathematik, enthalten zwar Gewissheit, aber keine Wirklichkeitserkenntnis“<sup>10</sup>. Oder wie es der Theologe Johann Martin Chladenius ausdrückte: „Die Wahrscheinlichkeit ist allemahl nichts anderes als eine Ungewissheit.“ Doch im 19. Jahrhundert war der Konsolidierungsprozess der Geschichtswissenschaft längst vollzogen. Historiker wie Johann Gustav Droysen konnten nunmehr mit Gelassenheit auf die Animositäten seitens anderer Disziplinen blicken und ungeachtet fortbestehender Vorbehalte gegen die geschichtswissenschaftliche Methodik, gegen das Prinzip des „forschenden Verstehens“, feststellen, dass „die anderen Wissenschaften nicht recht wissen, woran sie mit uns sind und was in unsere Kompetenz gehört“.

Ähnlich erging es der Soziologie. Die „frühzeitige Ablehnung durch die ältere, traditionsreiche Disziplin drängte sie teils in die Nähe der sich entwickelnden Volkswirtschaftslehre [...]“ – mit dem von einigen Beobachtern bedauerten Ergebnis einer „Verbannung aller derjenigen Untersuchungen, bei denen die wissenschaftliche Primärerfahrung nicht vollkommen in Zusammenhänge unanschaulicher und abstrakter Variablen aufgelöst werden kann“.<sup>11</sup>

Auch die Politikwissenschaft durchlebte eine pathologische Phase. In den 1970er Jahren kam dort der „Gedanke einer professionellen Konsolidierung der Politikwissenschaft durch die systematische Definition der ihr zugrundeliegenden Theorien und der von ihr angewandten Methoden“<sup>12</sup> auf. Daraufhin erfolgte im Zuge eines lautstarken Bekenntnisses zu den Methoden der empirischen Sozialforschung eine „Propagierung“ und eine „Wende der Politikwissenschaft zu einer modernen, kritisch-rational wie empirisch orientierten Sozialwissenschaft“. Der „Ausweis ihrer zeitgemäßen

---

<sup>6</sup> Vgl. Rüsen 1993, S. 97.

<sup>7</sup> Ebd., S. 55; vgl. auch Horst Dreitzel: Die Entwicklung der Historie zur Wissenschaft, in: Zeitschrift für Historische Forschung, Jg. 8 (1981) H. 3, S. 257-284, hier S. 264-270.

<sup>8</sup> Wissenschaft bedeutet „methodisch vorgehendes und kontrolliertes Erkennen nicht unmittelbar einsichtiger Sachverhalte“; Dreitzel 1981, S. 273.

<sup>9</sup> Rüsen 1993, S. 64.

<sup>10</sup> Dreitzel 1981, S. 273; im Folgenden zitiert nach ebd., S. 274 u. S. 282.

<sup>11</sup> Hans Peter Dreitzel: Theorieleere Geschichte und geschichtslose Soziologie. Über das gegenwärtige Verhältnis von Soziologie und Geschichtswissenschaft, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Geschichte und Soziologie, Köln 1972, S. 37-52, hier S. 39.

<sup>12</sup> Hier und folgend Wilhelm Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München 2001, S. 372 u. S. 380.

Wissenschaftlichkeit“<sup>13</sup> durch empirische Methodik und allerhand Theorien sollte den Eindruck von „Beliebigkeit“ vermeiden und die Akzeptanz von Seiten etablierter Nachbardisziplinen und der Öffentlichkeit gewinnen. Die Übernahme naturwissenschaftlicher Standards, die in hohen Ansprüchen an die Exaktheit von Forschungsergebnissen mündete, tilgte innerhalb der Politikwissenschaft weitgehend die Berechtigung anderer Vorgehensweisen. Die Mehrheit der Politologen glaubte, damit die Etablierung als wissenschaftliche Disziplin am besten zu erreichen.<sup>14</sup> Kurzum: Der hohe Stellenwert von methodischen Konzepten besaß in etlichen Universitätsfächern ursprünglich nicht gerade eine große forschungspraktische Bewandnis. Seitenlange Methodenbeschreibungen und Theorieabrisse sollten vor allem die Wissenschaftlichkeit in besonderem Maße unter Beweis stellen und waren somit hauptsächlich eine Strategie zur Etablierung und Konsolidierung.

Viele Methodenkulturen haben sich folglich aus dem Abgrenzungs- und Autonomiebedürfnis, auch dem Kampf um Anerkennung diverser, zumeist neu entstehender Disziplinen ergeben. Jüngere Wissenschaftsmetiers wie die Sozialpsychologie oder die Soziologie sahen sich einem enormen Legitimationsdruck von Seiten etablierter Disziplinen ausgesetzt. Indem sie ihre wissenschaftliche Existenzberechtigung durch eine besonders strenge, mathematisch nachvollziehbare Methodik zu rechtfertigen suchten, wurden sie selbst zu „Etablierten“, die nun ihrerseits mit Argusaugen über die Einhaltung bestimmter Standards oder Gütekriterien wachten, die überdies dazu neigten, reflexhaft neue Herangehensweisen und Schulen zu bekämpfen.

Weitere Faktoren, die kaum etwas mit der Güte des Forschens zu tun haben, kommen hinzu. So gibt es beispielsweise den Verdacht, dass sich etliche Theorien und Modelle nicht aufgrund ihrer Qualität zur Erfassung und Erklärung der Wirklichkeit behaupteten, sondern sich durch das Prestige und den Einfluss ihrer Urheber und akademischen Vertreter in der Wissenschaft durchsetzten – sie also von universitärer Autorität protegiert worden sind. Nicht selten werden sie von Persönlichkeiten stabilisiert, die in der Wissenschaftsgemeinde über weitreichenden Einfluss verfügen – gleich ob sie tauglich oder unhandlich sind.<sup>15</sup> Viele Wissenschaftler streben überdies nach einheitlichen Begriffen und der Verwendung immer gleicher Theorien, um sich durch wenig Neues den Wissenschaftsalltag und die Orientierung zu erleichtern. Der Gebrauch von Fachbegriffen wie „policy“ weist vor allem auch die Zugehörigkeit zur Wissenschaftswelt und die Kenntnis derer Konventionen nach. Nach Meinung mancher Kritikers bestünden „wissenschaftliche Konferenzen nur aus solchem Signalsetzen [...], um das Feld zu ordnen und Nachfolger für seine Schulen rechtzeitig finden zu können“<sup>16</sup>. Viele politikwissenschaftliche Theorien sind ferner das Resultat der hochschulreformerischen Ansiedelung des Fachs an sozialwissenschaftlichen Fakultäten. Nach ihrer Emigration aus der philosophischen Fakultät passten sich viele politologische Lehrstühle an die Methodenkultur ihres neuen sozialwissenschaftlichen Umfelds an.<sup>17</sup>

Zumeist spiegeln Methodenstreitigkeiten Rivalitäten zwischen Schulen und Disziplinen wider, denen selten etwas Sachliches innewohnt. Oftmals versuchen die Protagonisten der einen Wissenschaft die für sie gültigen Prinzipien und Denkweisen auf andere – zumeist neue – zu übertragen, ja sie zu

---

<sup>13</sup> Hier und folgend ebd., S. 375 u. S. 372.

<sup>14</sup> Ebd., S. 378.

<sup>15</sup> Vgl. Jürgen Bellers: Methoden der Sozialwissenschaften: Kritik und Alternativen, Siegen 2005, S. 24.

<sup>16</sup> Ebd., S. 25.

<sup>17</sup> Vgl. Bleek 2001, S. 374-377.

oktroieren. Meistens liegt ihnen eine Art wissenschaftsideologisches Vorurteil zugrunde, nach dem wissenschaftliche Arbeiten einer bestimmten Form zu entsprechen hätten. Dabei wird auch ignoriert, dass sich nicht jede Disziplin als „exakt“ begreift. Eigentlich müsste der Erkenntnisgewinn – die Möglichkeit, ansonsten unzugängliches Wissen zu erreichen – auch von einer strengen Methodik abweichende Vorgehensweisen billigen, solange sie nichts mit romanhafter Fiktion o.Ä. zu tun haben.<sup>18</sup> Die Wissenschaftsgeschichte kennt allerdings viele Beispiele für den Irrtum, es gebe eine festgefügte, für alle Wissenschaftsbereiche universell gültige Forschungspraxis und dazugehörig eine bestimmte formale Darstellung.

Die ausgetragene Rivalität zwischen wissenschaftlichen Bereichen war somit folgenreich. Häufig werden Methoden inzwischen mit unhinterfragter Selbstverständlichkeit angewandt. Was sich nicht augenscheinlich den ritualisierten Mustern einer Forschungsarbeit fügt, steht unversehens unter dem Verdacht, keinen wissenschaftlichen Maßstäben genügen zu können. Im Bewusstsein derlei Wissenschaftspathologie will sich das Göttinger Institut für Demokratieforschung explizit nicht in methodologischen Konkurrenzkämpfen ergehen. Ziel der Arbeiten des Institutes ist vielmehr die interpretative Ergänzung bestehender Ansätze. Forschungslogisch geht es deshalb nicht um die Ersetzung wissenschaftlicher Erkenntnis, sondern um Erweiterung und Ergänzung, aber auch um das Zurückweisen des Anspruchs, „objektive Wahrheiten“ präsentieren zu können.<sup>19</sup>

Häufig fußte die gegenseitige Kritik unter Disziplinen und Schulen – wie etwa bei den Historikern und Soziologen – auf Missverständnissen. Die Konfliktparteien vergaßen zumeist, ihre verschiedenartigen Bezugsrahmen zu berücksichtigen, in denen sie dann Begriffe bildeten, operationalisierten und analysierten. Lepsius nannte dies die „konkreten Vermittlungsprobleme“<sup>20</sup> zwischen wissenschaftlichen Disziplinen; andere sprachen von einer Fülle „gegenseitiger Missverständnisse“, einem „Kommunikationsproblem“<sup>21</sup> sowie einer „Kluft gegenseitigen Nichtverstehens“, bisweilen sogar von „Feindseligkeit und Antipathie“, hauptsächlich aber konstatierten sie „mangelndes Verständnis“: „Man hat ein verzerrtes Bild voneinander.“<sup>22</sup> Denn bei dem Gegensatz von natur- und geisteswissenschaftlich orientierten Fächern handelt es sich schlichtweg um die Kultur von „zwei verschiedene[n] Erkenntnistypen“<sup>23</sup>. Daher sei der „Tendenz nach [...] die Erkenntnisabsicht der Soziologie als empirische Einzelwissenschaft begrenzter“<sup>24</sup> als die der Historiker. Erst im Zeitverlauf begannen Soziologen und Historiker, sich zu respektieren und gegenseitig wertzuschätzen; ihr anfänglich von starkem Konkurrenzempfinden geprägtes Verhältnis entspannte sich, sodass einstweilen sogar „vielfach gegenseitiges Wohlwollen versichert wird“<sup>25</sup>.

---

<sup>18</sup> Vgl. Hayden White: *Metahistory. Die historische Einbildungskraft im 19. Jahrhundert in Europa*, Frankfurt am Main 1991, S. 25-38.

<sup>19</sup> „Selbst wenn chemische, paläographische und archäologische Methoden einige unbezweifelbare Tatsachenstückchen erbringen, befreit uns dies nicht von der Aufgabe der Interpretation.“ Isaiah Berlin: *Geschichte als Wissenschaft*, in: Hans Michael Baumgartner/Jörn Rüsen (Hrsg.): *Seminar: Geschichte und Theorie. Umriss einer Historik*, Frankfurt am Main 1976, S. 209-250, hier S. 243.

<sup>20</sup> Vgl. M. Rainer Lepsius: *Zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Soziologie*, in: Hans Michael Baumgartner/Jörn Rüsen (Hrsg.): *Seminar: Geschichte und Theorie. Umriss einer Historik*, Frankfurt am Main 1976, S. 118-138, hier S. 131-135 (Zitat auf S. 134); auch Dreitzel 1984, S. 39 f.

<sup>21</sup> William O. Aydelotte: *Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft*, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.): *Geschichte und Soziologie*, Königstein im Taunus 1984, S. 259-282, hier S. 278.

<sup>22</sup> Charles P. Snow, *Die zwei Kulturen*, in: Helmut Kreuzer (Hrsg.): *Literarische und naturwissenschaftliche Intelligenz. Dialog über die »zwei Kulturen«*, Stuttgart 1969, S. 11-25, hier S. 12.

<sup>23</sup> Berlin 1976, S. 243.

<sup>24</sup> Lepsius 1976, S. 125.

<sup>25</sup> Ebd., S. 118.

## ERWEITERUNG – WIE WEITER MIT DEN METHODEN?

Auch wenn die Soziologie über das Planbarkeitsdenken der 1970er Jahre für eine gewisse Zeit immerhin den Status einer Leitwissenschaft einnahm<sup>26</sup>, so tat sich die Politische Wissenschaft mit ihrer Etablierung und gesellschaftlichen Akzeptanz immer schwer.<sup>27</sup> Während die politikwissenschaftliche Forscherwelt selbst bereits in mehrere Fachverbände zergliedert ist, arbeiten innerhalb dieser Strukturen die zahlreichen Arbeitskreise weitgehend ohne Bezug zueinander. Trotz der häufig quantitativen Orientierung besteht der Vorwurf der „Unwissenschaftlichkeit“ an die in Deutschland vergleichsweise junge Disziplin nach wie vor. Als gesellschaftsbezogene Wissenschaft, die sich mit Akteuren, Einstellungen und Werten beschäftigt, kann sie zudem auch kaum einen neutralen Standort einnehmen. Jede politikwissenschaftliche Studie, so nüchtern und trocken sie sich auch geriert, ist gleichzeitig eine Intervention im politischen Kräftefeld der Gesellschaft. Eine sich dieser Situation bewusste Politikwissenschaft müsste daher die Kunst vollbringen, in aktuelle Debatten einzugreifen und gleichzeitig keinen einseitigen oder dauerhaft parteiischen Standpunkt einzunehmen.

Wie soll man jedoch diesen manifesten Einwänden wissenschaftlich entkommen? Tatsächlich lohnt es sich an dieser Stelle, über verschiedene Herangehensweisen zu rasonieren, die Vermögens sind, diese Dilemmata zu umschiffen. So ist beispielsweise durch die Wiederentdeckung kulturwissenschaftlicher Zugänge („cultural turn“) und die Sensibilität für die Bedeutung von Sprache („linguistic turn“) seit Ende der 1970er Jahre eine zunehmende Akzeptanz für offenere methodische Vorgehensweisen zu beobachten. Während die Geschichtswissenschaft trotz anfänglicher Ablehnung von diesen Anregungen bereits vielfältig inspiriert wurde, bleibt das politikwissenschaftliche Feld eher träge. Gleichzeitig boomen aber auch politikwissenschaftliche biografische Studien und füllen in Buchhandlungen ganze Abteilungen. Insgesamt stehen Akteure und deren Handeln („agents“ und „agency“) also wieder verstärkt im Fokus. Gerade unter jüngeren Forschern gibt es ein wachsendes Interesse an sozialen Bewegungen und Geschlechterverhältnissen, kulturellen Symbolen und medialen Repräsentationen, Mentalitäten und Lebenswelten zu beobachten. Großtheorien wie der Marxismus oder die Systemtheorie und selbst „Theorien Mittlerer Reichweite“ spielen für derartige Interessen nur eine nachgeordnete Rolle. Mit einer neuen methodischen und theoretischen Offenheit soll sich dieser Phänomene genähert werden. Damit soll keineswegs der Beliebigkeit das Wort geredet, sondern ein „problemgeleitete[r] ,aufgeklärte[r] Eklektizismus“<sup>28</sup> angestrebt werden.

Hierfür bietet die Bandbreite politikwissenschaftlicher Forschung Spielräume und Möglichkeiten für unterschiedlichste Methodologien und Darstellungsformen. Empirische Daten (Wählerzahlen, Parteimitglieder, Umfragen) liefern nach wie vor eine zentrale Basis wissenschaftlichen Arbeitens. Trotzdem wird jeder Versuch den Blick zu schärfen, jede anspruchsvollere Fragestellung über die Realität abseits der Statistiken nicht ohne einen methodisch breiteren Zugang auskommen können. Ansatzpunkte, wie diesem Anspruch Genüge getan werden könnte, finden sich vielerorts und werden im Folgenden kursorisch erläutert.

---

<sup>26</sup> Vgl. hierzu grundlegend: Gabriele Metzler: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn 2005.

<sup>27</sup> Peter von Oertzen, Überlegungen zur Stellung der Politik unter den Sozialwissenschaften, in: ders.: Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft, Hannover 2004, S. 16-38.

<sup>28</sup> Oliver Nachtwey: Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009, S. 20.



Methodik soll zuvorderst gewährleisten, dass quellenkritisch analysiert und nachvollziehbar vorgegangen wird, um Ergebnisse überprüfbar und nachträglicher Kritik zugänglich zu machen.<sup>29</sup> Am Institut für Demokratieforschung wird versucht, diesen Methodendogmatismus, auch das unvermittelte Nebeneinander von Methode und deren Anwendung innerhalb einer Forschungsarbeit zu vermeiden. Die Historiker sind da ein gutes Beispiel: Sie versuchen ihre Quellen möglichst exakt offenzulegen, doch „unterlassen sie es zumeist noch, ihre theoretischen Vorverständnisse und ihre hypothetischen Konstruktionen der Wirkungszusammenhänge anzugeben“<sup>30</sup>. Mit ihren Biografien und Monografien befriedigen sie „ästhetische Bedürfnisse und Deutungserwartungen“ eines interessierten Publikums. Freilich „widersetzt sich solche Forschungsstrategie“ der „Anwendung sozialwissenschaftlicher Kategorien und Methoden“. Denn die lebendige Schilderung einer großartigen Persönlichkeit fasziniert eben stärker als die „analytische Homogenisierung der Betrachtungsweise, die Konstruktion von Indikatoren, die Abstimmung der Aussagekraft verschiedener Theorien für die Untersuchung komplexer Phänomene“<sup>31</sup>. Für Sozialwissenschaftler mag dies dann ungewohnt und irritierend sein, weil es ihren Routinen widerspricht. Doch mindert der Verzicht auf ausdrückliche Methoden- und Theorieerläuterungen nicht im Geringsten den wissenschaftlichen Charakter und die analytische Sorgfalt der Forschungsarbeit. Dagegen erhöht die geringe Sichtbarkeit der methodischen Arbeitsgrundlagen die Lesbarkeit. Letztlich bewährt sich ein wissenschaftlicher Ansatz allein „im Forschungsprozess und in der Darstellung“<sup>32</sup>. Jedes Fach kann eine eigene Logik und Vorgehensweise beanspruchen, über eigene Kategorien und Regeln verfügen. Allerdings: „Sie alle aufeinanderzuhäufen und zu einer einzigen Ursachenkette zu verknüpfen, als ob sie alle auf derselben Ebene lägen und zum selben Typus gehörten, ist ein intellektueller Skandal.“<sup>33</sup>

## **ERWEITERUNG – CHANCEN UND GRENZEN REIN QUANTITATIVER FORSCHUNGSANSÄTZE**

Die methodischen Stärken und der wissenschaftliche Wert der quantitativen Forschung sollen an dieser Stelle nicht geringgeschätzt, schon gar nicht bezweifelt werden. Doch sie liegen weniger in der Deutung als in der Erhebung und Überprüfung. Quantitativ-statistische Verfahren eignen sich zum Beispiel ganz hervorragend für die Wahlforschung, welche die Einstellungen und Entscheidungen der Wähler zu messen sucht. Doch leiden quantitative Studien an einer ungenügenden Erklärungskraft. Die Suche nach allgemeinen Sätzen und ihre Tendenz zur Generalisierung münden häufig in die aufwändige Bestätigung von Banalem, das „der normale Mensch auch zuvor wusste“<sup>34</sup>. Diese „pedantische Jagd nach dem Unbedeutenden“<sup>35</sup> ist häufig kritisiert worden. Kein Zweifel: Quantifizierende Arbeiten sind notwendig und fruchtbar; auch bereits Bekanntes muss mitunter erneut bestätigt werden, um sicherzugehen, dass man noch von korrekten Annahmen ausgeht. Wird

---

<sup>29</sup> Vgl. Rüsen 1993, S. 59.

<sup>30</sup> Lepsius 1976, S. 118-138., S. 134.

<sup>31</sup> Ebd., S. 135, vgl. jüngst: Tobias Winstel: Der Geschichte ins Gesicht sehen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 25-26/2010, S. 41-46.

<sup>32</sup> Hans-Ulrich Wehler: Geschichte als Historische Sozialwissenschaft, Frankfurt am Main 1973, S. 9.

<sup>33</sup> Berlin 1976, S. 236.

<sup>34</sup> Bellers 2005, S. 14.

<sup>35</sup> Zitiert nach Wehler 1973, S. 14.

„die Quantifizierung jedoch zum Fetisch, dann ist die empirische Trivialität des Fliegenbeinezählens nicht mehr weit“<sup>36</sup>, so Wehler.

Zudem beschränken sie sich auf den Nachweis von Zusammenhängen – in Form von „Korrelationen“ –, ohne deren genauere Ursache ergründen zu können. „Das Höchstmaß an Präzision stellt die Quantifizierung dar: eine Zahl ist in diesem Sinne quasi unumstößlich und ‚objektiv‘, allerdings auch sehr beschränkt, da sie nur das erfasst, was quantifizierbar ist, bzw. was die Zahl erfasst – und das ist nicht alles.“<sup>37</sup> Mit „Korrelationskoeffizienten“ lasse sich die „Intensität des Zusammenhangs zwischen den Datenreihen“<sup>38</sup> quantitativ-statistisch messen. Ursachenerforschung blendet dieses Verfahren jedoch gänzlich aus. Laut Aydelotte bestehe die „größte Gefahr bei der quantitativen Forschung“ nicht darin, dass „man die Anwendung von Techniken vernachlässigt, sondern darin, dass man zu sehr in ihnen aufgeht“ und „sich allzu leicht in den technischen Kniffen“ verliert und darüber „das Nachdenken“ vergisst.<sup>39</sup>

Außerdem übersehen quantitative Arbeiten oftmals zahlreiche Faktoren und vereinfachen dadurch zugunsten genauer Ergebnisse die Komplexität der Wirklichkeit. Lepsius charakterisiert die meisten sozialwissenschaftliche Theorien als „Theorien der mittleren Reichweite“, die schwer aus ihrem „spezifischen Bezugssystem, einer Definition der Analyseperspektive“<sup>40</sup>, gelöst werden könnten. Aufgrund ihrer hohen Konzentration auf bestimmten Variablen ignorierten sie wichtige Faktoren. Sozialwissenschaftliche Systeme litten unter dem Problem, dass „deren Summe in keiner Weise die Erklärungsmöglichkeiten erschöpft, die in einer gegebenen Situation angelegt sind“<sup>41</sup>. Mit der „Verbannung aller derjenigen Untersuchungen, bei denen die wissenschaftliche Primärerfahrung nicht vollkommen in Zusammenhänge unanschaulicher und abstrakter Variablen aufgelöst werden kann“, „wird die Chance einer wissenschaftlichen Durchdringung weiter gesellschaftlicher Bereiche von vorneherein aufgegeben [...]“, wie Dreitzel beklagt.<sup>42</sup> Einer zugespitzten Meinung Schlesingers zufolge sind die wichtigen Variablen quantitativer Methodik überhaupt gar nicht zugänglich.<sup>43</sup> Dass quantitativ gewonnene Forschungserkenntnisse häufig „trivial, inkonsequent und uninteressant“ seien, „liegt daran, dass jedes Klassifikationssystem, wie es für solch eine Arbeit benötigt wird, nur einen kleinen Teil des verfügbaren Informationsmaterials benutzt und die ganze reiche Vielfalt der Wirklichkeit außer acht lässt“ – weshalb „die gewöhnlichen statistischen Kategorien zu grob und zu fadenscheinig“ seien, „um die komplizierten Ereignisketten zu erklären, mit denen es die Geschichte zu tun hat“<sup>44</sup>.

Quantitatives Vorgehen erreicht schnell eine Interpretationsgrenze und ist im Hinblick auf Thesenformulierung entscheidungsschwach. Die Konstruktion quantitativer Arbeiten wirft nicht

---

<sup>36</sup> Ebd., S. 23.

<sup>37</sup> Bellers 2005, S. 54.

<sup>38</sup> Ebd., S. 51 ff. (das Zitat auf S. 52).

<sup>39</sup> Irrtümlich vermuten manche, dass „die Anwendung einer Methode ihnen die Mühe des Denkens ersparen werde“.

Aydelotte 1984, S. 278.

<sup>40</sup> Lepsius 1976, S. 131.

<sup>41</sup> H. Stuart Hughes: Historiker und Sozialwissenschaftler, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.): Geschichte und Soziologie, Königstein im Taunus 1984, S. 216-242, hier S. 231.

<sup>42</sup> Dreitzel 1984, S. 39.

<sup>43</sup> „[...] I am bound to reply that almost all important questions are important precisely they are not susceptible to quantitative answers.“ Arthur Schlesinger: The Humanist Looks at Empirical Social Research, in: American Sociological Review, Jg. 27 (1962) H. 6, S. 768-771, S. 770.

<sup>44</sup> „Die Probleme, die die Historiker am meisten interessieren, sind so komplex, dass sie diese Methoden ausschließen.“ Aydelotte 1984, S. 274.

selten Fragen – zum Beispiel in Hinblick auf die ihr zugrundeliegenden Hypothesen – auf, „die sich nicht unter Berufung auf Zahlen beantworten lassen“. „Solange neue Einsichten, neue Variablen und neue Beziehungen durch unsystematische Prüfung des Einzigartigen erfasst werden können, wäre es umgekehrt jedoch ein Fehler, die politische Verhaltensforschung auf System, auf Genauigkeit und auf Quantifizierung zu beschränken, im falschen Glauben, dies allein sei Wissenschaft.“<sup>45</sup> Der Genauigkeitsanspruch schränkt die Möglichkeit ein, sich auf umfassende Interpretationen festzulegen. Daher „kann eine wissenschaftliche Auseinandersetzung nicht durch eine quantitative Untersuchung entschieden werden, und dies ist auch häufig nicht der Fall“.<sup>46</sup>

Methoden, die sich an naturwissenschaftlichen Vorgehensweisen orientieren, neigen zu einer Illusion von Sicherheit der Daten,<sup>47</sup> zu einer Scheinpräzision. Die Mathematisierung von gesellschaftlichen Abläufen gibt Sicherheit, die auf dem untrüglichen Charakter von Zahlen und Formeln beruht.<sup>48</sup> Die Suggestivkraft mutmaßlicher Genauigkeit kann schnell einschüchtern: „Quantitative Ergebnisse sehen eindrucksvoll aus und können durch ihre psychologische Wirkung die Kritikfähigkeit des Lesers betäuben oder abstumpfen. Gelegentlich scheint es wirklich so zu sein, dass eine statistische Darlegung nicht aufgrund ihrer intellektuellen Überzeugungskraft, sondern durch eine Art von Hypnose Zustimmung findet. Quantitatives Material hat jedoch keinerlei Magie an sich.“<sup>49</sup> Insgesamt gebe es in den Sozialwissenschaften „eine Neigung, von den Naturwissenschaften die Vorstellung zu übernehmen, dass Vollkommenheit knapp hinter dem Horizont systematischer empirischer Arbeit liege“<sup>50</sup>. Indes: Quantitative Methoden feien nicht vor Fehlurteilen, sobald man sich an die Interpretation der von ihr hervorgebrachten Ergebnisse macht. „Die Gefahr, dass man trotz einer guten Materialbasis zu falschen Überlegungen kommt, ist bei jeder Art von Forschung gegeben.“<sup>51</sup>

Allerdings kann all dies zu einer gleichmacherischen Verzerrung der Wirklichkeit verleiten. Quantitative Forschung geht häufig von weitgehend diskussionslos aufgestellten Prämissen darüber aus, was das Ziel und geeignete Mittel zu dessen Erreichen seien. Sie verfällt der Illusion einer universell gültigen Rationalität, die optimale Mittel kennt. Indem sie mitunter die „Rationalität“ des Verhaltens losgelöst von dessen Kontext in Augenschein nimmt, läuft sie Gefahr, das Wesen des Untersuchungsgegenstands zu verfälschen. Wissenschaftliche Methodik, so Paul Feyerabend, „simplifiziert die ‚Wissenschaft‘, indem sie die Akteure simplifiziert“<sup>52</sup>. Nicht zufällig betrachtete die aristotelisch inspirierte Politikwissenschaft einstmals Geschichte und Politik als „kontingent“ und unberechenbar. „Denn Politik funktioniert nicht wie Wissenschaft. Wissenschaft kann rigoros – unter Verachtung der Wirklichkeit – deduzieren: aus einem obersten Ziel werden Unterziele und Maßnahmen abgeleitet. Es gibt hierfür genau vorgeschriebene Phasen und Regeln. Nicht so die Politik [...]“, die „zu einem großen Teil aus nur begrenzt rationalisierbarem und verwissenschaftlichbarem Interessen- und Machtkampf zwischen den gesellschaftlichen Kräften und Interessen [besteht], deren oft zufallsgebundene Kompromisse nur begrenzt nachvollziehbar sind“<sup>53</sup>.

---

<sup>45</sup> Oliver Garceau: Forschung über den politischen Prozeß, in: Schmidt, Robert H. (Hrsg.): Methoden der Politologie, Darmstadt 1967, S. 34-64, hier S. 48.

<sup>46</sup> Aydelotte 1984, S. 273.

<sup>47</sup> Paul Feyerabend beklagt eine „Sucht nach geistiger Sicherheit in Form von Klarheit, Präzision, ‚Objektivität‘, ‚Wahrheit‘“; Paul Feyerabend: Wider den Methodenzwang, Frankfurt am Main 1986, S. 31 f.

<sup>48</sup> Vgl. hier und im Folgenden Bellers 2005, S. 12 f. u. S. 33.

<sup>49</sup> Aydelotte 1984, S. 274.

<sup>50</sup> Garceau 1967, S. 62.

<sup>51</sup> Aydelotte 1984, S. 274.

<sup>52</sup> Feyerabend 1986, S. 16.

<sup>53</sup> Bellers 2005, S. 166.

In der Politik spielen quantitativ schwer greifbare Triebkräfte und Verhaltensweisen wie „Neid, Missgunst, Ranküne, Intrige, Lug und Trug, Rache, zuweilen, selten Freundschaften usw.“<sup>54</sup> eine entscheidende Rolle. Abromeit bemängelt aus demselben Grund das bei Politikwissenschaftlern vorherrschende Denken im „empirisch-analytischen‘ Paradigma“, welches ein „Rationalverhalten von Akteuren unterstellt“ und „zur Annahme“ verleite, als Forscher in der Lage zu sein, „Regelmäßigkeiten des Verhaltens bzw. Verhaltens-,Imperative‘ aufzudecken“.<sup>55</sup> Auch Lepsius kritisiert die „notorische Überinterpretation der ‚Rationalität‘ und die ‚Kausalität‘ sozialen Wandels“, die „soziologischen Theoremen eigentümlich ist“.<sup>56</sup>

Die am Göttinger Institut für Demokratieforschung vorzunehmenden Analysen eignen sich jedenfalls nicht per se oder überwiegend für eine quantitative Herangehensweise – so etwa Untersuchungen zur politischen Führung. Denn sie haben sich auf die Entwicklung von Hypothesen, die Inspektion unbekannter Phänomene, die entdeckende Kartografie unerschlossener Felder und auf plausible Erklärungen für Ereignisse im Umfeld politischer Kultur spezialisiert. Das Testen von Hypothesen bleibt weiterhin vor allem eine Stärke der quantitativen Forschung, die hierfür eine größere Expertise besitzt.

## **ERWEITERUNG – MISSVERSTANDENE ERKENNTNISWEGE UND EIN PLÄDOYER FÜR KOOPERATION**

Nicht wenige der in Göttingen entstandenen Studien zogen Kritik auf sich, weil ihr Vorgehen anhand sozialwissenschaftlicher Maßstäbe beurteilt wurde. Dabei erheben die Göttinger Arbeiten gar keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit, wie es tendenziell die Arbeiten der quantitativen Sozialforschung tun. Treffen sie einmal verallgemeinernde Aussagen, so sind diese als Hypothesen zu betrachten, die vornehmlich der plausiblen Erklärung auf Basis „gesunden Menschenverstands“ und logischer Argumentation dienen. In erster Linie wollen sie neue Variablen sammeln und Hypothesen formulieren. Davon können auch jene Forscher profitieren, die quantitativ vorgehen. Denn diese benötigen eine profunde Basis für ihre Untersuchungen. Schließlich gewährleistet ein quantitativer Ansatz „nicht an und für sich schon Genauigkeit“, kann keine „noch so gründliche Expertise bei der Bearbeitung der Daten“ eine „Ungenauigkeit der Ausgangsdaten oder Kategorien“ verkraften.<sup>57</sup> Zur wissenschaftlichen Forschungsarbeit gehören zwei völlig unterschiedliche, jedoch gleichberechtigte Vorgänge, die sich qualitative und quantitative Ansätze untereinander teilen: „auf Ideen zu kommen und sie zu überprüfen“<sup>58</sup>.

Die Göttinger Studien sehen sich infolgedessen nicht im Gegensatz zu quantitativen Arbeiten, sondern als Ergänzung und Bereicherung. Wie gesagt, überprüft quantitative Sozialforschung vor allem Hypothesen. Die Formulierung guter, origineller und erkenntnisträchtiger Hypothesen ebenso wie die Bildung aussagekräftiger Kategorien und die Erfassung ausschlaggebender Variablen ist einerseits dafür Voraussetzung, andererseits aber auch die große Schwäche dieses Forschungsansatzes. Interpretation und Erklärung können durch noch so genaue Erhebungen nicht

---

<sup>54</sup> Ebd., S. 78.

<sup>55</sup> Heidrun Abromeit: Gesellschaften ohne Alternativen. Zur Zukunftsfähigkeit kapitalistischer Demokratien, Working Paper des Instituts für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt, Nr. 11/2007, S. 5 f.

<sup>56</sup> Lepsius 1976, S. 127.

<sup>57</sup> Hier und folgend Aydelotte 1984, S. 266.

<sup>58</sup> Ebd., S. 275.

ersetzt werden. Um sie zu liefern, reichen sorgfältig erhobene Daten erwiesenermaßen jedoch nicht aus. In der quantitativen Methodik besteht folglich ein Defizit an erkenntnisweisenden Variablen und Hypothesen. Diese können die Göttinger Studien jedoch liefern. Ergebnisse der Forschungsarbeiten über Parteivorsitzende, Seiteneinsteiger, Manifeste etc. könnten im Prinzip mit dem Status von Hypothesen einer quantitativen Überprüfung unterzogen werden. Man sollte Methodenstreits, die wissenschaftsgeschichtlich stets übertrieben polemisch, in Unkenntnis der Forschungsstile und mit mangelnder Toleranz sowie bisweilen pubertärer Aggression geführt wurden und häufig selbstreferentielle Scheindebatten ohne Erkenntnisgewinn waren, endlich überwinden. Vielmehr sollte der jeweils eigenständige Wert quantifizierender und qualitativer, sozial- und geisteswissenschaftlicher Ansätze anerkannt werden.

Eine Voraussetzung besteht in der Einsicht, dass die Forscherinnen und Forscher des Göttinger Instituts im Grunde weniger wie Sozialwissenschaftler denn wie Historiker arbeiten. Im Gegensatz zur Geschichtswissenschaft neigt die Sozialwissenschaft, die sich vielfach an naturwissenschaftlichen Verfahren orientiert, dazu, „den allgemeinen Aussagen und Gesetzen mehr zu vertrauen als einzelnen Entscheidungen“<sup>59</sup>. Es sollte Klarheit darüber herrschen, dass zwischen Historikern und Sozialwissenschaftlern unterschiedliche Methoden-Kulturen, Vorstellungen von der Forschungspräzision und der Möglichkeit zur Verallgemeinerung von Erkenntnissen existieren. Naturwissenschaftlich-orientierte Forschung operiert „mit verschiedenen Graden von Wahrscheinlichkeit, die in den mit statistischen Methoden arbeitenden Wissenschaften als ein angemessenes Maß an Präzision angesehen werden können“, wohingegen dies „auch in den besten, überzeugendsten und am korrektesten begründeten historischen Werken bei weitem nicht der Fall“ ist. Die meisten Historiker könnten sozialwissenschaftlichen Genauigkeitsansprüchen vermutlich gar nicht gerecht werden, ihre Erkenntnisse würden als „impressionistisch, vage und unwissenschaftlich“ gescholten werden. Präzise Messungen erreicht man nur um den „Preis der Auslassung“ und „als Verfälschung des menschlichen Lebens“, da Forschungsgegenstände wie Politiker, deren Verhalten einer eigentümlichen Rationalität folgt, schwerlich in festgefügte Modelle gezwungen werden können. Die „zentralen Phänomene, auf die sich unser Interesse am politischen Verhalten richtet“, können außerdem keinem kontrollierten Experiment, selten genug einer wenigstens genau vergleichenden Analyse unterzogen werden.

## ZUGÄNGE – DER POLITIKWISSENSCHAFTLER ALS HISTORIKER

Ein primärer Antrieb des Göttinger Instituts für Demokratieforschung ist der durchgängige Versuch, die untersuchten politischen Phänomene auf die untergründigen Mentalitätsströme der Gesellschaft zurückzuführen und im historischen Längsschnitt zu deuten. Hier klingt ganz deutlich die „Wahlverwandschaft“ von Politik und Geschichte an, die ganz im Gegensatz zum postulierten Antagonismus beider Wissenschaftsdisziplinen steht.<sup>60</sup> Indes, Politik gerinnt im Zeitverlauf immer zu Geschichte. Andererseits muss die Geschichte immer wieder für die Begründung politischen Handelns herhalten. Generationen von Historikern beschäftigen sich mit dem politischen Handeln vergangener Epochen und Politikwissenschaftler beschäftigen sich immer wieder mit Phänomenen,

<sup>59</sup> Dieses und die folgenden Zitate aus Berlin 1976.

<sup>60</sup> Vgl. zur Antagonismus-These: Klaus von Beyme: Vergleichende Politikwissenschaft, Wiesbaden 2010, S.23-33.

die vor allem in der Geschichte ihre Begründung finden. Besonders evident ist dieser Zusammenhang etwa in der politischen Kulturforschung,<sup>61</sup> die als Untersuchungsgegenstand die historischen Korridore mitzuverhandeln hat, welche die Handlungsrahmen des Politischen auf lange Zeit abzustecken vermögen.

Die bereits angesprochene und jüngst immer wichtiger werdende personale Dimension<sup>62</sup> kommt nicht ohne die historischen Rahmenbedingungen aus, in denen sich auch die klassisch formulierten Felder der Politikwissenschaft – „*policy*“, „*politics*“ und „*polity*“ – bewegen. Keine klassische Politikfeldanalyse, etwa deutscher Außenpolitik, kommt ohne den sie bedingenden Rahmen der Geschichte aus.<sup>63</sup> Keine Durchsetzung politischer Inhalte kann sich gänzlich den historisch gewachsenen Aushandlungsstrategien, den Beharrungskräften und Besonderheiten von Mehrheitsfindungen entziehen.

Und schließlich, keine politische Ideengeschichte, die politikwissenschaftlichen Analysen methodisch-heuristischen Gehalt verleihen kann, ist ohne deren historischen Hintergrund verhandelbar. Deshalb teilen sich Historiker und Politikwissenschaftler „das Genre der politischen Ideengeschichte und sollten wechselseitig daran interessiert sein. Ob sie nun Intellektuellengeschichte betreiben, an den Biographien großer Denker arbeiten oder Ideologien/Leitideen untersuchen: Der Historiker bedarf der Kenntnis der politischen Ideengeschichte, der Politikwissenschaftler ist auf historisches Wissen angewiesen.“<sup>64</sup> Leider werden die weitreichenden methodologischen Anknüpfungspunkte beider Disziplinen, trotz früherer gegenseitiger Befruchtung, kaum ausgeschöpft.

Ein Beispiel für einen gegenläufigen Trend bietet jedoch die politische Biographik, die auch zum Repertoire der Mitarbeiter des Instituts für Demokratieforschung gehört. Die Biographie bietet sich als Paradebeispiel einer Synthese des bisher Besagten an, verlangt eine biographische Arbeit doch nach Quellen und statistischem Material, das kontextabhängig durch theoretische Überlegungen und weiterführende Literatur ergänzt wird. Je nach Lebensabschnitt der porträtierten Person werden unterschiedliche theoretische Einordnungen notwendig. Eine Studie über eine Partei wird neben vorhandenen Darstellungen eigene Beobachtungen, Interviews und offizielle Dokumente heranziehen. Und sollen Schichten, Milieus und Lebenswelten erfasst werden, dürften neben empirisch-quantitativen Befunden und Literaturstudien ergänzende qualitative Methoden wie Interviews, Gruppendiskussionen, teilnehmende Beobachtung und dichte Beschreibung erforderlich sein, um ein lebendiges Bild des untersuchten Phänomens zu zeichnen. Immer liegt die Auswahl, die Anordnung und Gliederung im Ermessen des Wissenschaftlers. Dies macht die Ergebnisse in besonderer Weise angreifbar, da der subjektive Faktor in dieser Vorgehensweise nicht negiert wird,

---

<sup>61</sup> Vgl. hierzu einführend: Birgit Schwellung: Der kulturelle Blick auf politische Phänomene. Theorien, Methoden, Problemstellungen, in: dies. (Hrsg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen, S. 11-32.

<sup>62</sup> Vgl. hier mustergültig: Franz Walter: Charismatiker und Effizienzen. Porträts aus 60 Jahren Bundesrepublik, Frankfurt am Main 2009; vgl. zur Debatte um die biographische Methode u.a.: Alexander Gallus: Biographik und Zeitgeschichte, in: APuZ 01-02/2005, S. 40-46.

<sup>63</sup> Vgl. zur Geschichte der Bundesrepublik hier vorbildlich: Karl Dietrich Bracher u. a. (Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 5 Bde., Stuttgart 1981 ff., vgl. auch aus kulturwissenschaftlicher Sicht: Timm Beichelt: Herrschaftskultur. Symbolisierung von Politik am Beispiel der bundesdeutschen Außenpolitik, in: Birgit Schwellung (Hrsg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen, S. 151-172

<sup>64</sup> Jens Hacke: Politische Ideengeschichte und die Ideologien des 20. Jahrhunderts. Im Spannungsfeld historischer und politiktheoretisch geleiteter Absichten, in: ders./ Matthias Pohl (Hrsg.): Theorie in der Geschichtswissenschaft : Einblicke in die Praxis des historischen Forschens, Frankfurt am Main 2008, S. 147-170, hier S. 169.

sondern eine wichtige Rolle spielt. Umso mehr ergibt sich daraus die Verpflichtung, durch Genauigkeit bei empirischen Erhebungen und Quellen und über Prägnanz und Klarheit in der Sprache ein hohes Maß an Plausibilität und Nachvollziehbarkeit anzustreben.

## ZUGÄNGE – WIEDERKEHR DER NARRATIVITÄT

Im Idealfall ist die Biografie dabei immer auch eine deutende, einordnende, mitunter fesselnde Erzählung. Auch dies mag den „Boom“ der Biografie erklären. Vielleicht setzt sich die Geschichtswissenschaft heute auch deswegen wieder stärker von den Errungenschaften der „Historischen Sozialwissenschaft“ ab.<sup>65</sup> Den Ausgangspunkt für diese Entwicklung bilden unter anderem Ideen Lawrence Stones<sup>66</sup>, der zeitgenössisch die „spektakulärste Manifestation der Zweifel“<sup>67</sup> am sozialhistorischen Paradigma formulierte. Der Kern der Kritik Stones zielte direkt auf die aus den Sozialwissenschaften abgeleiteten objektiv-wissenschaftlichen Methoden, denen er keinerlei Erklärungskraft für die großen historischen Fragen zubilligte. „Die Benutzung mathematischer Modelle, der intensive Rückgriff auf die Statistik und die Vermehrung von unter großen Einsatz an Mitarbeitern und erheblichem finanziellen Aufwand betriebenen quantitativen Untersuchungen“ habe, so konstatierte Stone, eher die Unfähigkeit der „wissenschaftlichen“ Geschichte verdeutlicht.<sup>68</sup>

Wenngleich Stone mit seinem radikalen Programm von der Wiederkehr der Narrativität vielfältige Kritik provozierte,<sup>69</sup> wurde durch seine Intervention eine längst notwendige Debatte angestoßen. Nun konnte auch in der Geschichtswissenschaft die langsame Ablösung vom Szientismus, der sich in den politischen Sphären der sechziger und siebziger Jahre auf dem Zenit befunden hatte,<sup>70</sup> vollziehen. Das Primat von Ökonomie, Demographie und Soziologie<sup>71</sup> verlor, nachdem es im politischen Alltagsgeschäft und dessen wissenschaftlicher (und eben auch historischer) Deutung ein nahezu symbiotisches Verhältnis eingenommen hatte, während der 1970er Jahre allmählich seine Vormachtstellung.

Dies liegt am so genannten, bereits erwähnten „linguistic turn“. Dieser brachte in der empirischen Forschung, nach der Abkehr von der quantitativen (Sozial-)Geschichtsschreibung neue methodische Zugänge in die Erforschung historischer Abläufe. Begleitet wurde dies von einer Veränderung der Quellenbasis<sup>72</sup>, aber auch von Darstellungsformen, die sich von den bis dahin typischen

---

<sup>65</sup> Vgl. hierzu und im Folgenden: Gérard Noiriel: Die Wiederkehr der Narrativität, in: Die Wiederkehr der Narrativität, in: Joachim Eibach / Günther Lottes (Hrsg.): Kompass der Geschichtswissenschaft, Göttingen 2006, S. 355-370, S. 355ff. die sich in den Nachkriegsjahren mehr und mehr in Abkehr und Abwehr vom Historismus der Verwissenschaftlichung der eigenen Zunftbelange hingab,

<sup>66</sup> Lawrence Stone, 'The revival of narrative: reflections on a new old history', Past and Present, 85 (1979), 3–24

<sup>67</sup> Noiriel, Wiederkehr, S. 355.

<sup>68</sup> Ebd.

<sup>69</sup> Insbesondere von jenen Apologeten der wissenschaftlichen Geschichtswissenschaft, etwa der Bielefelder Schule, die nun die Wiederkehr des Historismus fürchteten,

<sup>70</sup> Vgl. hierzu grundlegend: Gabriele Metzler: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn 2005.

<sup>71</sup> Vgl. zum Aufstieg der Soziologie als bundesrepublikanische Leitwissenschaft, ebd.

<sup>72</sup> Hier bietet sich bspw. die Theorie der „Metahistory“ von Hayden White an. White behauptete, aufbauend auf die Analyse vor allem historiografischer Texte aus dem 19. Jahrhundert, dass Darstellungen eine narrative Struktur innewohnt, die nach bestehenden Mustern ein Bild von der Vergangenheit nicht nur rekonstruiert, sondern konstruiert. Diese Strukturen kategorisierend, behauptet White, dass Geschichtsdarstellungen literarische Muster aufweisen wie die Romanze, Satire,

unterschieden. Zudem bedeutete die narrative Wende eine Abkehr vom weit verbreiteten Positivismus.<sup>73</sup> Fortan gäbe es, u. a. Hans-Georg Gadamer folgend, keine objektive Wahrheit mehr, sondern nur eine Interpretation derselben, die sich zwangsläufig aus der Sicht der jeweiligen Historiker-Generation und deren Prägung speise und sich mithin auch immer wieder verändern müsse.<sup>74</sup>

Zentral für den „linguistic turn“ ist dabei das »konstruktivistische Wirklichkeitsverständnis«, also die generelle Skepsis der Erfassbarkeit der Welt mit Hilfe positivistischer Methoden. „Konstruktionen wollen nicht darstellen, wie etwas einst war, sie nutzen vielmehr altes Material, um in der Gegenwart Neues zu schaffen und Orientierung anzubieten, von der jeder weiß, dass ihr ein Zustand vorausging, der anders war, der vergangen und inzwischen unzugänglich ist.“<sup>75</sup>

Die Konsequenz, die sich aus der breiten Aufmerksamkeit für derartige Thesen in der Geschichtswissenschaft ergab, bedeutete unter anderem eine Hinwendung der Historiker zur Literaturwissenschaft. Denn vor allem die Sprache sei Schlüssel zur Vergangenheit.<sup>76</sup> Durch diesen neuen Fokus wurden fiktionale Elemente nicht mehr als unwissenschaftliche Unwahrheit angesehen, für die sich der Historiker nicht zu interessieren hätte, sondern in Fiktionalität und Fiktivität unterteilt: „Fiktivität ist der Begriff für alles, was nie geschehen ist; Fiktionalität dagegen ist der Begriff für die sprachliche Gestaltung des einst Geschehenen.“<sup>77</sup> Hierdurch konnte eine viel kleinteiligere Geschichtsschreibung vorgenommen werden: Die „Mikrogeschichte“. Ihre Vorteile liegen „darin, Handlungsbedingungen, Handlungen und Deutungen der Menschen ausgehend von einzelnen Personen und ihren wechselseitigen Verflechtungen und Abhängigkeiten zu untersuchen. Gerade dadurch können auch die Wechselbeziehungen der kulturellen, sozialen, ökonomischen und politisch-herrschaftlichen Momente umfassender historischer Prozesse als lebensgeschichtliche Zusammenhänge in den Blick gerückt werden. Die sozialen Gruppen, Institutionen und gesellschaftlichen Verhältnisse erscheinen nicht mehr als strukturelle und objektive Vor-Gegebenheiten [...] sondern als von Individuen mitgestaltet [...]“<sup>78</sup>

Zwischen einer solchen Mikro- und Alltagsgeschichte und der in der Politikwissenschaft in den letzten Jahren wachsenden Erforschung sozialer Milieus lässt sich eine entscheidende Parallele ziehen. In beiden Fällen ist die Rekonstruktion historischer und/oder sozialer Lebenswelten zentral. Qualitative

---

Komödie oder die Tragödie. Historiker wie Paul Nolte konstatieren heute selbst für die quantitativen Darstellungen eines Hans-Ulrich Wehlers, welcher sich dezidiert als neutraler und nicht-narrativer Beobachter sieht, eine solche narrative Struktur. Vgl.: <sup>72</sup> Nolte, Paul: „Darstellungsweisen deutscher Geschichte“, in: Conrad, Christoph; Conrad, Sebastian (Hrsg.): Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich, Göttingen, 2002; S.236-268.

<sup>73</sup> Der Positivismus geht davon aus, dass Phänomene real existent, beobacht-, nachweis- und erfassbar sein müssen. Positiv bedeutet in diesem Sinne keine Wertung sondern verweist in etwa auf „Anwesenheit“ oder „Existenz“. Auf Grundlage dieses Postulats stellt sich schnell ein Hang zur Quantifizierbarkeit ein, weswegen die quantitative Sozialforschung ihre Grundlagen aus dem Positivismus bezieht. Ein bedeutender Apologet des Positivismus ist der Philosoph Karl R. Popper. In der Soziologie wurde die positivistische Herangehensweise bereits von einem ihrer Begründer, Auguste Comte, eingeführt.

<sup>74</sup> Vgl. zur Hermeneutik bei Gadamer: Ralf Bohnsack: Dokumentarische Methode und sozialwissenschaftliche Hermeneutik, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 6. Jg., Band 4/2003, S. 550-570, hier S. 552ff.

<sup>75</sup> Hans-Jürgen Goertz: Was können wir von der Vergangenheit wissen? Paul Valery und die Konstruktivität der Geschichte heute. In: GWU 60, 2009. H. 12, S.692-706. Hier: S.702f.

<sup>76</sup> Noiriël, S. 359 So argumentierte u.a. prominent Hans-Georg Gadamer. Mit dem neuen Fokus auf die „Begriffsgeschichte“ nahm die Diskursgeschichte hier ihren Ausgang. Vgl. zur deutschen Tradition der „Begriffsgeschichte“: Stephan Schlak: Am Erwartungshorizont der Begriffsgeschichte. Reinhart Koselleck und die ungeschriebenen Grundbegriffe der Bundesrepublik.

<sup>77</sup> Goertz, 2009. S.705. Goertz nimmt hierbei Bezug auf Lucian Hölscher.

<sup>78</sup> Medick, Hans: Mikrogeschichte, in: Stefan Jordan (Hrsg.): Lexikon Geschichtswissenschaft. Hundert Grundbegriffe. Stuttgart 2002. 215-218.



Analysen ermöglichen den Soziologen und Politikwissenschaftlern dabei den Zugang zu aktuellen Lebenswelten, die dem Historiker, aufgrund der Vergänglichkeit seines Untersuchungsgegenstands, verschlossen bleiben.

## ZUGÄNGE – DER POLITIKWISSENSCHAFTLER ALS ETHNOLOGE

Anders als Historiker können Politikwissenschaftler deshalb den multiperspektivischen Zugang in kleinteilige Lebenswelten anstrengen. Eine Abkehr von der Welt der „großen Erzählungen“ und der Metatheorie in den Kultur- und Sozialwissenschaften ist auf dieser Grundlage ein lohnenswertes Unterfangen. Denn populäre Einwände gegen diese wissenschaftliche Praxis sollten ernst genommen werden: „Weil jedoch die Bürger auch eine skeptische Haltung gegenüber der ‚großen Erzählungen‘ der Wissenschaft einnehmen, müssen die Forscher von nun an immer häufiger ihre Laboratorien verlassen und ihren Wissensbereich in der Öffentlichkeit verteidigen.“<sup>79</sup>

Schließlich besteht Politik beileibe nicht nur aus Strukturzwängen, Politikfeldern und spieltheoretischer Rationalität. Sie dreht sich vor allem um Macht, Machterwerb und Machterhalt. Da Politik von Menschen „konstruiert“ und praktiziert wird, dominieren deshalb viel eher Irrationalitäten, Befindlichkeiten und sozialisatorische Dispositionen. Kurzum, Politiker werden nicht nur von den in der Politikwissenschaft definierten Strukturen, sondern auch durch Prägungen, herrschende Diskurse und öffentliche Meinungskonjunkturen beeinflusst, die es stets mitzuverhandeln gilt.<sup>80</sup> Die im Zentrum der Macht stehenden Menschen konterkarieren also vieles vom alltäglich in der Politikwissenschaft Gelehrten.

Doch wie soll der Politikwissenschaftler dem auf den Grund gehen, wie kann er verhindern, dass er oft genug erst die empirisch überprüfte Realität erhält, nachdem er allzu lang der normativen den Vorzug gegeben hat? Wie kann er die handelnden Akteure in ihren Aushandlungsmechanismen, die auf Parteitag, in exekutiven Gremien, im Wahlkampf, beim Besuch im Wahlkreis oder bei Anne Will in der Sendung jeweils anders funktionieren, dennoch verstehen und erklären?

Angewendet auf die Arbeitsgebiete im Institut bedeutet dies eine umfassende Ausleuchtung der Akteure und ihres sozialen Bezugsrahmens. Die praktische Handhabung lässt sich anhand eines Beispiels am Institut verdeutlichen: Als Angehöriger des akademischen Milieus muss man zunächst verstehen, was das Leben in einer sozial unterprivilegierten Lage bedeutet. Nur wenige Akademiker dürften mit der Kombination aus prekären Einkommensverhältnissen und Bildungsferne vertraut sein, selbst dann trennt sie der wissenschaftliche Alltag von dem der sogenannten „Unterschicht“. Welches Erleben erwächst also aus dieser spezifischen sozialen Lage? Erst auf Grundlage dieses Verständnisses, das sich im Kontakt mit entsprechenden Bürgern erschließt, kann das Verständnis dieser Sachverhalte gelingen. Nur so können überhaupt adäquate Annahmen getroffen werden.<sup>81</sup>

---

<sup>79</sup> Noiriel, 2006. S.361.

<sup>80</sup> Hier bietet sich zuvorderst natürlich die Medienanalyse an, die sowohl den Kontext liefert, als auch, anschließend an Siegfried Kracauer, den Zugang zu tieferliegenden kollektiven Mentalitäten und Kontexten bietet. „Mentalitäten werden dabei verstanden als jene Grundüberzeugungen und das nicht weiter hinterfragte, kollektiv geteilte Wissen, das für eine Gesellschaft oder für maßgebliche Teile und Gruppen dieser Gesellschaft prägend ist und somit auch die Politik und die politische Kultur beeinflusst.“ Peter Krause: Medienanalyse als kulturwissenschaftlicher Zugang zum Politischen, in: Schwelling: Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft, S. 83-106, hier S. 95.

<sup>81</sup> Dies unterscheidet sich fundamental von quantitativer Empirie, die bekanntlich im Vorfeld getroffene Annahmen durch erhobene Daten versucht zu bestätigen oder zu verwerfen.

Dies ist unter anderem im Projekt „Wo ist die Unterschicht in der modernen Zivilgesellschaft“ geschehen.

Hieraus ergeben sich bereits Hinweise, dass der Interpretation eine Schlüsselrolle zum Verständnis sozialer Phänomene zufällt. Schließlich müsste nun während des Forschungsprozesses immerfort über bestimmte Aussagen reflektiert werden. Durch diese fortlaufende Interpretation wäre dabei eine gänzlich objektive Datenerhebung nicht durchführbar.<sup>82</sup> Dies widerspricht deswegen keinen wissenschaftlichen Standards, weil Interpretationen – wie oben bereits benannt – „Fiktionen [sind], und zwar in dem Sinne, daß sie ‚etwas Gemachtes‘ sind, ‚etwas Hergestelltes‘ (...).“<sup>83</sup> Bedeutung oder Erkenntnis wird also immer „konstruiert“, unumstößliche Fakten existierten nicht. Aufgrund dessen ist es umso wichtiger, möglichst nahe am konkreten Untersuchungsgegenstand zu arbeiten. Konkret geht es also darum, über Phänomene fortwährend deutend zu reflektieren um hieraus Erkenntnisse zu gewinnen. Die bloße Datenerfassung könnte dies niemals leisten. „Nichts hat meiner Meinung nach mehr zur Diskreditierung von Kulturanalysen beigetragen als die Erstellung einwandfreier Abbildungen von formalen Ordnungen, an deren Existenz niemand so recht glauben kann.“<sup>84</sup> Im Ergebnis sollen kulturelle Phänomene also durch aktives Deuten – Interpretieren –, nicht durch erkenntnistheoretische Rückgriffe, verstanden werden. „Entscheidend ist vielmehr die besondere geistige Anstrengung, die hinter allem steht, das komplizierte intellektuelle Wagnis der ‚dichten Beschreibung‘ (...).“<sup>85</sup>

Auf Grundlage dieser Überlegungen wird auch die Wichtigkeit einer deutlichen Übersetzung der beobachteten Phänomene deutlich. Schließlich ist stets davon auszugehen, dass die gewonnenen Erkenntnisse, stammen sie nun von Parteitage, Ortsvereinsbesuchen oder aus Fokusgruppen, nur von denjenigen vollständig dechiffriert werden können, die auch die dort aufgefundenen Strukturen verstanden haben. Um die Aufgabe der ethnographischen Interpretation, „den Bogen eines sozialen Diskurses nachzuzeichnen, ihn in einer nachvollziehbaren Form festzuhalten“<sup>86</sup>, zu erfüllen, muss also eine prägnante, anschauliche und möglichst allgemein verständliche Sprache zu seiner Darstellung gefunden werden.<sup>87</sup> Nur so kann überhaupt der Anspruch der Theorie erfüllt werden. Dieser besagt, dass nicht die tiefsten menschlichen Fragen beantwortet werden müssen, sondern die Erklärungen anderer Menschen nachvollziehbar dargestellt werden sollen.<sup>88</sup> Eine überhöhte Wissenschaftssprache wäre diesem Anspruch nur abträglich.

---

<sup>82</sup> Damit ergibt sich eine Abgrenzung zum kritischen Rationalismus, der unter anderem prominent von Karl Popper vertreten wurde und große Teile der sozialwissenschaftlichen Empirie beeinflusst.

<sup>83</sup> Geertz, Clifford: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt am Main 2006. S. 23.

<sup>84</sup> Ebd., S. 26.

<sup>85</sup> Ebd., S. 10.

<sup>86</sup> Ebd., S. 28.

<sup>87</sup> „Eine gute Interpretation von was auch immer (...) versetzt uns mitten hinein in das, was interpretiert wird.“ Ebd.

<sup>88</sup> „Die eigentliche Aufgabe der deutenden Ethnologie ist es nicht, unsere tiefsten Fragen zu beantworten, sondern uns mit anderen Antworten vertraut zu machen, die andere Menschen (...) gefunden haben, und diese Antworten in das jedermann zugängliche Archiv menschlicher Äußerungen aufzunehmen.“ Ebd., S. 43.

## DARSTELLUNG – SPRACHE

Sprache besaß unter Geisteswissenschaftlern in früheren Zeiten einen hohen Stellenwert. Leopold v. Ranke zufolge sei die „Aufgabe des Historikers [...] zugleich literarisch und gelehrt“. Historische Arbeiten sollten „dem gebildeten Geiste denselben Genuss gewähren wie die gelungenste literarische Hervorbringung“.<sup>89</sup> Eine solch gelungene Darstellung sei jedoch nicht bloß hedonistisch, sondern bürge auch für die Güte des Forschungsprozesses. Es sei ein Irrtum, dass „die Schönheit der Form sich nur auf Kosten der Wahrheit erreichen lassen“. Von Ranke war überzeugt, dass „das auf die Form gerichtete Bestreben sogar den Eifer der Untersuchung befördert“, könne doch eine solche Darstellungsqualität allein auf „lebendiger Kenntnis“ durch „tiefe und erschöpfende Forschung“ beruhen. Auch Wilhelm v. Humboldt wagte den Vergleich von Wissenschaft mit Kunst, die „auch nicht sowohl Nachahmung der Gestalt, als Versinnlichung der in der Gestalt ruhenden Idee“<sup>90</sup> sei. Die Wissenschaftsgeschichte kennt Forschungsarbeiten, deren Qualität wie im Fall von Theodor Mommsens „Römischer Geschichte“ sogar literaturnobelpreiswürdig war.

Doch im Zeitverlauf befielen solche sprachlich anspruchsvollen Werke unversehens der „haut goût unwissenschaftlichen Literatentums“<sup>91</sup>. Alles, was nicht unmittelbar dem Erkenntnisgewinn zu dienen schien, galt plötzlich als überflüssig und wurde mit Geringschätzung getadelt. Dabei sollten Methoden den Forscher ursprünglich, etwa im 18. Jahrhundert, auf eine verständliche Darstellung verpflichten – sollten gewährleisten, dass die „quellenkritisch ermittelten Tatsachen“ zu „rezeptionsfähigen Geschichten“ zusammengefügt und auf den „didaktischen Zweck“ ausgerichtet werden, mit anderen Worten: beim Leser auch ankommen.<sup>92</sup> Die Fixierung auf streng wissenschaftliches Arbeiten ging allerdings auf Kosten der Sprache und ist, wie gezeigt, weniger logisch als historisch-wissenschaftspathologisch entstanden. Nachdem in der Wissenschaftsgeschichte eine Abkehr zulasten sprachlicher Kompetenz und zugunsten vorgeblich ausgefeilter Techniken des Erkenntnisgewinns erfolgte, erstrebt das Institut eine Renaissance von literarischer Ästhetik im wissenschaftlichen Schreiben. Sprache soll gegenüber der Forschungsarbeit gleichrangig behandelt werden. Denn eine unverständliche, speziell für interessierte Bürger und lernbegierige Politiker unzugängliche, ja abschreckende Sprache entwertet auch das Forschungsergebnis.

Zumal die Ausdruckstärke der deutschen Politikwissenschaft – gleichermaßen nach Meinung einiger Politologen wie Außenstehender – derzeit zu wünschen übrig lässt. Inzwischen bestehe die Gefahr, dass „die Forschungserkenntnisse der Politikwissenschaft zu einem Arkanwissen werden, das von den Experten in den Nachbarfächern und den Adressaten der Politikberatung, aber kaum mehr vom Publikum der Staatsbürgergesellschaft wahrgenommen wird, geschweige denn verstanden werden kann“<sup>93</sup>. Immer häufiger lassen sich Politikwissenschaftler vernehmen, die eine Selbstisolation ihrer Zunft monieren. Viele Politikforscher würden sich „der Ausbildungsaufgabe für größere Klientel nicht stellen“<sup>94</sup>, das Fach gefährde seine Existenz durch „seine Selbstabdankung als öffentliche Kraft“<sup>95</sup> und

---

<sup>89</sup> Hier und im Folgenden zitiert nach Rudolf Vierhaus: Leopold von Ranke. Geschichtsschreibung zwischen Wissenschaft und Kunst, in: Historische Zeitschrift, Bd. 244 (1987) H. 2, S. 285-298, hier S. 285.

<sup>90</sup> Zitiert nach ebd., S. 289.

<sup>91</sup> Rüsen 1989, S. 20; vgl. hier und im Folgenden ebd., S. 19 ff.

<sup>92</sup> Rüsen 1993, S. 60 u. S. 62.

<sup>93</sup> Bleek 2001, S. 453 f.

<sup>94</sup> Bellers 2005, S. 32.

sei „buchstäblich zum selbstreferentiellen System geworden“<sup>96</sup>: „Immer dieselben Autoren zitieren sich gegenseitig und erzählen einander immer dieselben Sachen.“ Oder wie die Wissenschaftsphilosophin Gabriele Gramelsberger allgemein bedauert: „Heute liegt die Bedeutung eines Denkers in seiner Zitierquote.“<sup>97</sup> Wissenschaft soll allem Anschein nach durch „die Kunst des unverständlichen Schreibens“<sup>98</sup> Laien in Ehrfurcht erstarren lassen. Ihr Streben „nach gesetzmäßigen, abstrakten Aussagen“ löse „den jeweiligen Gegenstand meist in einen Wust unverständlicher Begrifflichkeit“ auf.<sup>99</sup> Die deutsche Politikwissenschaft sei „stumpf“ geworden, eine „szientifische Sprache verdrängt die Urteilskraft, so wie der Verzicht auf das Urteil durch eine sterile Sprache kompensiert wird. Die Befähigung zum Urteil jedoch ist die wichtigste republikanische Qualifikation, die Öffentlichkeit dazu auszubilden die wichtigste Aufgabe Politischer Wissenschaft.“<sup>100</sup>

Dies alles habe „seine Ursache in dem spezifischen Ehrenkodex der Wissenschaftler, der man nur wird, wenn selbst der Fach-Kollege einen nicht mehr versteht“. „Zumindest in deutschen Universitäten“, so die Diagnose, „gilt eine unverständliche und komplizierte Sprache noch immer als Garant für eine gelungene wissenschaftliche Sozialisation und Ausdruck wahrer Wissenschaftlichkeit. In der akademischen Ausbildung spielte der Umgang mit Sprache bisher eine entsprechend geringe Rolle.“<sup>101</sup> Drastisch Wolf-Dieter Narr, bereits vor über einem Jahrzehnt: „[...] die Formen und Inhalte des Fachs hier und heute sind derart, dass ich mich geradezu schäme, ein Vertreter desselben zu sein.“<sup>102</sup> Es sei außerdem problematisch, dass „die Vermittlung von Wissenschaft kaum als eigenständige Aufgabe und Leistung anerkannt wird und ständig mit dem Geruch der Zweitrangigkeit belastet ist“<sup>103</sup>.

Dabei verfolgten auch die „großen“ Historiker einstmals die Absicht, „weit über den Kreis des Fachs hinaus das gebildete Publikum“ zu erreichen – ein Ziel, dass durch die „darstellerische Qualität“ ihrer Werke erreicht wurde und „auf der meisterhaften Komposition der Erzählung und dem Einsatz sprachlicher Mittel – auf der ‚Kunst‘ der Darbietung“ basierte.<sup>104</sup> Wissenschaftlich ernst zu nehmende „Geschichtsschreibung“, so notiert die Wissenschaftsgeschichte, „beruht auf Forschung, sie ist aber auch literarische Darstellung“, setze eine „narrative Leistung des Historikers“ voraus und dürfe eben nicht als „unwissenschaftlich, allenfalls vorwissenschaftlich“ abgetan werden.<sup>105</sup> Diese weitgehend in Vergessenheit geratene Ansicht soll den Göttinger Studien als Vorbild dienen.

---

<sup>95</sup> Bleek 2001, S. 455.

<sup>96</sup> Dieses und das folgende Zitat von Abromeit 2007, S. 6.

<sup>97</sup> Gabriele Gramelsberger Nervöses Lavieren am Rande des Sinns – Poetische / Artistische Philosophie, 1998/99, online verfügbar unter: <http://www.philart.de/projects/artistische-philosophie.html> [zuletzt eingesehen am 20.05.2010].

<sup>98</sup> Zetzsche (Hrsg.) 2004, S. 115.

<sup>99</sup> Hier und folgend Bellers 2005, S. 126.

<sup>100</sup> Ekkehart Krippendorff: Unzufrieden. Vierzig Jahre Politische Wissenschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 44 (1999) H. 8, S. 991-1001, hier S. 995 f.

<sup>101</sup> Indre Zetzsche (Hrsg.): Wissenschaftskommunikation. Streifzüge durch ein „neues“ Feld, Bonn 2004, S. 82.

<sup>102</sup> Wolf-Dieter Narr: Politikwissenschaft als Beruf, den wir mein(t)en, in: Thomas Greven/Oliver Jarasch (Hrsg.): Für eine lebendige Wissenschaft des Politischen. Umweg als Methode, Frankfurt am Main 1999, S. 20-37, hier S. 33.

<sup>103</sup> Ernst Peter Fischer zitiert nach Zetzsche (Hrsg.) 2004, S. 68.

<sup>104</sup> Vierhaus 1987, S. 287.

<sup>105</sup> Ebd., S. 289.

## ANSPRUCH – EINE NEUE KULTUR DES SCHREIBENS

Aktuell häufen sich überdies Symptome, die auf einen gestiegenen Bedarf nach verständlicher Sprache hindeuten. Immer öfter ist von Konferenzen oder Podiumsdiskussionen zu hören, die der Wissenschaft eine unzureichende Öffentlichkeitsorientierung bescheinigen. Die hohe Komplexität wissenschaftlicher Erkenntnis müsse insbesondere sprachlich vermittelt werden, zum Beispiel mit eingängiger Metaphorik. Manche Forscher fordern für Wissenschaftler sogar ein spezielles Medientraining.<sup>106</sup> Die britische Akademie der Naturwissenschaften, die „Royal Society“, unterhält sogar einen gesonderten Mitarbeiterstab, um die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse in eine für die Politik verständliche Form zu übersetzen.<sup>107</sup> Dort jedenfalls misst man der Sprach- und Vermittlungskompetenz mehr Bedeutung als in der deutschen Politikwissenschaft zu.

Das Göttinger Institut für Demokratieforschung nimmt diese Defizite ernst und will versuchen, die „Kommunikationsbarrieren, die zwischen der zu vielen Spezialsprachen und -methoden ausdifferenzierten Wissenschaft und der Laienöffentlichkeit bestehen“<sup>108</sup>, zu überwinden. Denn sie misst der Sprache einen hohen Wert bei. Ihre Texte sollen keine Traktate eines elitären Jargons sein. Diese sollen auf Spannung wider die Langeweile setzen. Die Göttinger Schriften betrachten sprachliche Kreativität und gedanklichen Scharfsinn gegenüber der wissenschaftlichen Akribie als gleichrangige Kompetenzen. Denn die Forschungsmethodik einer Arbeit kann noch so ausgeklügelt und zuverlässig sein: „[...] nichts ist langweiliger als eine Darstellung, die lediglich das Material zusammenfasst“<sup>109</sup>. Als Forscher sollte man auch in der Lage sein, „Laien dafür [zu] interessieren und faszinieren [zu] können, was die Wissenschaftler umtreibt und welche Ergebnisse diese Umtriebigkeit hervorbringt“, weshalb „komplexe wissenschaftliche Verfahren und Sachverhalte für Fachfremde und Laien anschaulich und verständlich“ dargestellt werden sollten.<sup>110</sup> Sogar ein dröger und schwer zugänglicher Forschungsgegenstand kann durch schriftstellerische Schönheit zu großer Anschaulichkeit und Attraktion geführt werden. Kunstvolle Abbildungen, die den Anspruch auf Genauigkeit abschwächen, „verdichten und vervollständigen“ das Analyseobjekt „durch ihre wirklich bedeutsamen Züge, befreit von Nebensächlichkeiten, die die klare Sicht trüben, und mittels dieser Verdichtung erreichen sie eine Intensität der Wirkung, die in der Natur nicht anzutreffen ist“<sup>111</sup>. Die Darstellung eines Untersuchungsobjekts soll „ein Gemälde von redendem Ausdruck und unterrichteter Individualität“<sup>112</sup>, gleichsam eine poetische Wissenschaft sein. Dies ist ein zentrales Anliegen am Institut: Politologischen Themen, Kontroversen und Gegenständen mit dem Instrument literarischer Darstellung Faszinationskraft zu verleihen.

---

<sup>106</sup> Vgl. Frauke Hamann: Forscherwissen für alle, in: Hamburger Abendblatt, 29.05.2001.

<sup>107</sup> Siehe Eva-Maria Schnurr: Kopf gegen Bauch, in: Zeit Wissen, 05.08.2009.

<sup>108</sup> Peter Weingart: Welche Öffentlichkeit hat die Wissenschaft?, in: Indre Zetzsche (Hrsg.): Wissenschaftskommunikation. Streifzüge durch ein ‚neues Feld‘, Bonn 2004, S. 15-21, hier S. 20.

<sup>109</sup> Aydelotte 1984, S. 278.

<sup>110</sup> Ludwig Kürten: Verständigung will gelernt sein, in: Indre Zetzsche (Hrsg.): Wissenschaftskommunikation. Streifzüge durch ein ‚neues Feld‘, Bonn 2004, S. 83-86, hier S. 84.

<sup>111</sup> Eugène Véron: Was ist Ästhetik? [1878], in: Trivium, 6–2010 [<http://trivium.revues.org/index3658.html>].

<sup>112</sup> Johann Georg Wiggers: Versuch die verschiedenen Pflichten eines Geschichtschreibers aus einem Grundsatz herzuleiten [1784], in: Horst Walter Blanke/Dirk Fleischer (Hrsg.): Theoretiker der deutschen Aufklärungshistorie, Band 2: Elemente der Aufklärungshistorik, Stuttgart/Bad Cannstatt 1990, S. 429-452, hier S. 442.

Sprache erfüllt hier eindeutige Funktionen. Dass „Dinge, die gut erzählt werden, leichter ins Herz dringen“<sup>113</sup>, wussten schon die renommierten Geschichtsschreiber. Keinem „großen“ Historiker war die Sprache, in der er sein Wissen und seine Erkenntnisse präsentierte, gleichgültig, sondern vorrangig. „Witz und Scharfsinn“ seien wichtig, solange sie von einer „gesunden Beurteilungskraft“ geleitet werden.<sup>114</sup> Das „Vermögen der anschaulichen Präsentation des Erkannten“<sup>115</sup> zählte bei ihnen ebenso viel wie die „Ader der Diktion“: „Zu den höhern Reizen“ der historischen Darstellung „gehören die Veredlung des Tons der Erzählung nach der Würde und der Thatsachen, die Ausmalung einer Begebenheit nach dem Interesse ihrer Bestandtheile, die genauere Schilderung der Personen nach der ins Spiel gebrachten Energie ihres Characters, die lebhaftere Beschreibung der Scenen, nach ihrer Localbeziehung auf die Handlungen und Vorfälle, und endlich die Verstärkung des Ausdrucks nach der rührenden Kraft des Sujets“.<sup>116</sup> Frühere Historiker begriffen ihr Metier als „eine schöpferische Arbeit“, die eine „nachahmende Darstellung der Wirklichkeit“ erstrebe, deren „Wahrheit der Historiker auf ähnlichem Wege suchen muss wie der Künstler“; mit dem Mittel der Sprache versuchten sie, dass sich dem Leser „die vergangene Wirklichkeit vergegenwärtigt“.<sup>117</sup> Demgegenüber erregten sie sich über eine faktentreue und phantasielose Darstellung, die Ergebnisse „in einer einschläfernden Monotonie“<sup>118</sup> präsentierte, und betrachteten ihre Forschung als Kunst und Wissenschaft zugleich: „Wissenschaft ist sie: indem sie sammelt, findet, durchdringt; Kunst, indem sie das Gefundene, Erkannte wiedergestaltet, darstellt. Andere Wissenschaften begnügen sich, das Gefundene schlechthin als solches aufzuzeichnen: Bei der Historie gehört das Vermögen der Wiederhervorbringung dazu. Als Wissenschaft ist sie der Philosophie, als Kunst der Poesie verwandt.“<sup>119</sup> Die Darstellungskunst erscheint insbesondere bei der Schilderung und Analyse von politischen Akteuren – einem wesentlichen Forschungsgegenstand des Göttinger Instituts – angebracht, bei denen das Verständnis ihrer Handlungen dem Leser besondere Vorstellungskraft abverlangt. So betrachtet ist das verstehende, deutende Aufschreiben mithin zwangsläufig auch Erkenntnisproduktion, ist reflektierendes Verstehen im hermeneutischen Sinn. Wichtig ist hier, und das ist der entscheidende Unterschied zum politischen Journalismus, die Selbstverortung des Autors und dessen historisches und kulturwissenschaftliches Wissen.<sup>120</sup>

---

<sup>113</sup> Johann Christoph Gatterer: Vom historischen Plan, und der darauf sich gründenden Zusammenführung der Erzählungen, in: Allgemeine historische Bibliothek, H. 1/1767, S. 15-89, hier S. 27.

<sup>114</sup> Ebd., S. 40.

<sup>115</sup> Rüsen 1993, S. 125.

<sup>116</sup> Wiggers 1990 [1784], S. 439.

<sup>117</sup> Vierhaus 1987, S. 290 f. Bei „aller Unterstreichung des Wissenschaftscharakters“ bedürfe es für die „Herstellung einer Erzählung, die historische Fakten in deutenden Zusammenhang setzt“, laut v. Ranke neben umfassendem Wissen auch einer „ästhetischen Sensibilität“. Hayden White und andere Wissenschaftler wiederbelebten in den 1970er und 1980er Jahren dieses Rankesche Ideal, indem sie die schriftstellerische Fähigkeit des Autors zu dessen übrigen wissenschaftlichen Kompetenzen als gleichberechtigt ansahen; vgl. ebd., S. 296 f.

<sup>118</sup> Zitiert nach Rüsen 1993, S. 68.

<sup>119</sup> Leopold v. Ranke zitiert nach Rüsen 1989, S. 16.

<sup>120</sup> Vgl. Daniel Morat: Braucht man für das Verstehen eine Theorie. Bekenntnisse eines Neohermeneutikers, in: Jens Hacke/Matthias Pohl (Hrsg.): Theorie in der Geschichtswissenschaft. Einblicke in die Praxis des historischen Forschens, Frankfurt am Main/New York 2008, S. 41-52.

## ANSPRUCH – ÖFFENTLICHKEITSORIENTIERUNG

Durch Forschung gewonnene Erkenntnis in die Öffentlichkeit zu transportieren, ist ein zentrales Anliegen des Göttinger Instituts für Demokratieforschung. Der „Ethos des Dienstes am Gemeinwohl“ und der öffentliche Charakter von Politik gebieten in der Meinung Dieter Oberndörfers das Verständnis der Politologie als „eine öffentliche Wissenschaft“, weshalb sie sich auch nicht in den „viel zitierten ‚Elfenbeinturm‘ angeblich reiner Wissenschaftlichkeit zurückziehen“ dürfe – „unbesorgt darüber, ob das von ihr Erkannte jemals der Öffentlichkeit zugänglich wird oder nicht“.<sup>121</sup> Um in die Öffentlichkeit vorzudringen, kann sich Wissenschaft den Zwängen der Medien allerdings nicht entziehen; sie muss sich ihnen aber auch nicht unterwerfen.<sup>122</sup> Kritiker einer medientauglichen Sprache berufen sich oftmals auf die vorgebliche Tatsache eines unüberbrückbaren Widerspruchs zwischen Wissenschaft und Journalismus, der auf „konträren Kriterien und Prinzipien“ gründe: „Hier Wahrheit, Genauigkeit, Überprüfbarkeit, dort Neuigkeit, Einfachheit, Kürze und Bedeutsamkeit.“<sup>123</sup> Natürlich geht die pointierte, essayistische Argumentation auf Kosten der Genauigkeit und Überprüfbarkeit – den ehernen Standards von Wissenschaft. Doch vergrößert die Lesbarkeit von Texten auch die Reichweite dort ausgebreiteter Forschungserkenntnis – ohne sie dabei zwangsläufig ihrer wissenschaftlichen Seriosität zu berauben. Vielmehr bieten sich in Tages- und Wochenzeitungen Wissenschaftlern vielbeachtete Foren, ihre Forschungsergebnisse einem großen Publikum zugänglich zu machen. Mögen die Texte dabei auch mediengerecht verpackt sein: Dies mindert nicht die Tiefe der dahinter verborgenen Forschungsmühen und bedeutet auch keinen Verzicht auf wissenschaftliche Sorgfalt. Wissenschaftliche Analyse in den Medien zu betreiben, verlangt dem Forscher zudem ein beträchtliches Schreib- und Komprimierungsvermögen ab, tendiert insofern sogar zu einer noch intensiveren Beschäftigung mit dem Forschungsgegenstand und somit zu einer größeren Sorgfalt. Denn der schreibende Forscher muss dabei ständig die Zumutbarkeit von Fachbegriffen abwägen und mit seinem Stil auf den Lesegenuss des interessierten Laien Rücksicht nehmen, ohne allerdings wesentliche Erkenntnisse zu vernachlässigen.

Gelingt es, dem Leser dabei ein süffisantes Schmunzeln zu entlocken, so steigert dies die Präsenz von Wissenschaftlern in der Öffentlichkeit nachhaltig. Renommiertere Charaktere wie Theodor Eschenburg, Hans-Ulrich Wehler und Jürgen Kocka sahen daher nie etwas Nachteiliges an ihrer Presseorientierung und haben sich keineswegs an der damit verbundenen Darstellungsform gestört,<sup>124</sup> vielmehr maßen sie dieser publizistischen Aktivität eine große Bedeutung für die Vermittlung ihrer Analysen und Standpunkte bei. Das Münchner „Institut für Zeitgeschichte“, das nach dem Zweiten Weltkrieg zur wissenschaftlichen Analyse der jüngsten Geschichte ins Leben gerufen worden war, erwarb sich seinen Status als „ein außerordentlich einflussreicher Impulsgeber und zugleich als ein bahnbrechendes Forschungszentrum“ nicht allein mit der „wissenschaftlichen Qualität seiner Mitarbeiterrequisiten“ – Autoritäten wie Broszat, Schieder und Bracher sind gemeint – und „seinen

---

<sup>121</sup> Dieter Oberndörfer: Politik als praktische Wissenschaft?, in: ders. (Hrsg.): Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie, Freiburg im Breisgau 1962, S. 9-58, hier S. 57.

<sup>122</sup> Vgl. Weingart 2004, S. 20.

<sup>123</sup> Zetzsche (Hrsg.) 2004, S. 123.

<sup>124</sup> Bei dem allseits geschätzten Historiker Karl Dietrich Bracher imponierten „quellenfundierte historische Darstellungen und brillant formulierte, essayistisch orientierte Betrachtungen und Analysen“; Ludger Kühnhardt: Erinnerung als Fundament. Karl Dietrich Bracher – der öffentliche Gelehrte der deutschen Demokratie., in: Tilman Mayer/Volker Kronenberg (Hrsg.): Streitbar für die Demokratie. „Bonner Perspektiven“ der Politischen Wissenschaft und Zeitgeschichte 1959-2009, Bonn 2009, S. 35-57, hier S. 43.

zahlreichen Veröffentlichungen“, sondern „auch und vor allem mit dem unermüdlichen Engagement der Zeithistoriker in der Öffentlichkeit“<sup>125</sup>. Weil Wissen unbrauchbar ist, wenn es nicht vermittelt werden kann, handelt es sich um ein „Vorurteil“, zwischen dem „Verhältnis von Rhetorik und wissenschaftlichem Sprachgebrauch“ bestünde ein „unaufhebbare[r] Gegensatz“<sup>126</sup>.

Verständliches Schreiben bedeutet freilich nicht, gänzlich auf den Einsatz von Fremdwörtern und Fachbegriffen zu verzichten. Sowohl eine allzu simple Ausdrucksweise als auch eine Sprachaskese sind nicht das Ziel. Nur sollen diese einerseits kein Selbstzweck sein, der die Profilierung eines Textes als wissenschaftliche Schrift bezweckt. Und andererseits sollen sie weder überflüssig und sinnlos noch inflationär, sondern im Dienste des Verständnisses gebraucht werden. Dabei soll, wie in der Geschichtswissenschaft, auf die Einhaltung von Gesetzmäßigkeiten „guten“ Schreibens wie z.B. Variabilität der Stilmittel geachtet werden. „Geschichtsschreibung, die solches anstrebt, ist nicht allein nach wissenschaftlichen, sondern auch nach ästhetischen und rhetorischen Kategorien zu beurteilen. Sie bedient sich umgangssprachlicher und literarisch-künstlerischer Mittel, um die methodisch erarbeiteten Ergebnisse der Forschung gegenwärtigen Lesern vorzuführen und verstehbar zu machen.“<sup>127</sup>

Sprache steigert also erstens Verständnis und Vorstellungskraft des Lesers gegenüber dem Untersuchungsgegenstand. Der Wissenschaftlichkeit geht hierdurch nichts verloren: Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts überprüfen kritisch und begründen argumentativ. Zweitens verfügt Sprache über das Potenzial, die Zugänglichkeit von Forschungsergebnissen durch ein vergrößertes Interesse an eben jenen zu verbessern – sodass diese von den Bürgern vermehrt abgerufen und wahrgenommen werden. Sie ist folglich weit mehr als lediglich überflüssige Zierde. Worte sind dadurch keine unnötige Dekoration, kein narzisstischer Selbstzweck, sondern sollen das Verständnis der – natürlich trotzdem tiefschürfenden – Aussagen erleichtern, sollen gleichermaßen inhaltlich begeistern, wie literarisches Vergnügen bereiten. Mittel wie Metaphern, Bonmots oder Zuspitzungen, die den ästhetischen Genuss von wissenschaftlicher Lektüre zu steigern vermögen, sollen deshalb zum selbstverständlichen Inventar des Göttinger Demokratieforschers gehören. In den Arbeiten des Instituts sollen „gründliche Forschung, intensives Nachdenken und Kraft der Gestaltung“<sup>128</sup> zu einer Wesenseinheit verschmelzen.

---

<sup>125</sup> Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 5: Bundesrepublik Deutschland und DDR 1949-1990, S. 282.

<sup>126</sup> Rösen 1993, S. 123.

<sup>127</sup> Vierhaus 1987, S. 293.

<sup>128</sup> Vierhaus 1987, S. 293.



## AUSBLICK – DER POLITIKWISSENSCHAFTLER ALS POLITIKWISSENSCHAFTLER

Durch die Einführung einer verbindlichen Forschungstechnik sollte Wissenschaft ursprünglich erlernbar und professionell werden.<sup>129</sup> Doch nicht jeder Akt des Erkenntnisgewinns lässt sich so einfach reglementieren, da er an persönliche Fähigkeiten des Forschenden gebunden ist. Einfallsreichtum zum Beispiel: „Originalität beruht im Sichtbarmachen eines Problems, das andere nicht erkennen, und darin, einen Weg zu seiner Verfolgung zu finden, wo andere ihren Weg zu ihm verlieren. Dieses Wirken des wissenschaftlichen Geistes ist streng persönlich.“<sup>130</sup> Es gibt also Forscher-Fähigkeiten, die nicht in der Manier eines Lehrbuchs exakt zu beschreiben und nachzuvollziehen sind. „Versuche, diese Unbestimmtheitsfaktoren zu eliminieren, verwandeln das Bild der Wissenschaft in eine bedeutungsleere Fiktion.“<sup>131</sup> Der Naturwissenschaftler und Philosoph Michael Polanyi meint, dass das „bestechende Ideal der strengen Exaktheit“ zwar dem Physiker nicht schade, jedoch „Verheerungen in anderen Wissenschaften“ anrichte. Menschliches Handeln zu deuten, erfordert, „alles ein[zu]bringen, was uns nützlich erscheint, alle Wissenschaften, alle Kenntnisse und Fertigkeiten, alle Theorien, wo auch immer wir sie gewonnen haben mögen“<sup>132</sup>.

Intuition, Originalität und Wagemut sind demgemäß kardinale Forschungstugenden des Institutes. Sie stehen am Anfang eines jeden verstehenden Forschungsprozesses. Denn zunächst: „Zum Verstehen braucht man streng genommen keine Theorie. [...] Man braucht sie, um den Gefahren eines naiven Verstehens zu entgehen und sich nicht der Illusion eines unvermittelten Verstehenkönnens hinzugeben. Für die alltägliche historische Praxis bedeutet das, das man tatsächlich zunächst und zumeist verstehend vorgeht und dabei seinen Intuitionen im Blick auf die Quellen und deren Interpretation folgt. Erst in einem logischen folgenden zweiten Schritt wird die Theorie benötigt, um diese Institutionen und Interpretationen methodisch zu kontrollieren und zu korrigieren.“<sup>133</sup> Festgefügte Forschungskonzepte, die zwanghafte Anwendung einer stringenten Methode, nur der wissenschaftlichen Optik des Textes wegen, soll vielmehr durch einen intuitiven Zugang und, wo notwendig, die eklektische Bezugnahme auf Theorien und Methoden ersetzt werden.

Sozialwissenschaftliche Methodik-Lehrbücher schärfen ihren Lesern schließlich ein, dass „das Problem die Auswahl der Methode bestimmen“ sollte und sich Sozialforscher folglich „nicht ausschließlich auf eine Methode kaprizieren“ dürften.<sup>134</sup> Warum also dogmatisch an einem einmal gewählten Design festhalten, wenn es doch gar nicht zur Untersuchung eines bestimmten Gegenstands taugt? Methodik soll doch Hilfestellung und Erleichterung sein – nicht aber Belastung, Blockade und Verzögerung. Eine fortwährende Verwendung bestimmter Methoden ergibt schließlich nur dann Sinn, solange sie nützliche Erkenntnisse fabrizieren; erweisen sie sich irgendwann einmal als unergiebig, sollten sie schleunigst ausgetauscht oder ergänzt werden können. Natürlich schließt diese eklektische Vorgehensweise nicht den Gebrauch von handfesten Theorien, komplizierten Modellen oder feststehenden Methoden aus, sofern sie inspirierend und erkenntnisfördernd sind –

<sup>129</sup> Vgl. Rösen 1993, S. 97.

<sup>130</sup> Michael Polanyi: Schöpferische Einbildungskraft, in: Zeitschrift für philosophische Forschung, Jg. 22 (1968) H. 1, S. 53-70, hier S. 68.

<sup>131</sup> Hier und folgend ebd., S. 69.

<sup>132</sup> Berlin 1976, S. 239.

<sup>133</sup> Morat 2008, S. 41-52.

<sup>134</sup> Andreas Diekmann: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 18 f.

aber sie macht sie zu keinem obligatorischen Bestandteil. Der eklektische Forscher muss aus einer Masse an Informationsmaterial zielgerichtet und zwanglos auswählen können. Er prüft seine Unterlagen auf deren Brauchbarkeit für die Analyse und schließt von seiner Untersuchung nichts per se aus.<sup>135</sup>

Kurzum: Am Institut für Demokratieforschung fühlt man sich deshalb der Wahlverwandtschaft zur methodisch weitaus offeneren Geschichtswissenschaft verpflichtet. In der Geschichtswissenschaft gibt es seit Jahren Debatten um den Konstruktivismus. In diesem Fach ist die Relativierung vermeintlich exakter wissenschaftlicher Erkenntnisse weit fortgeschritten. Dass man aus Fakten und Tatbeständen Geschichte konstruieren, beziehungsweise triftige Zusammenhänge kraft intellektueller Phantasie stiften und „aus zweiter Hand“ – bei aller selbstverständlichen Beachtung von argumentativer Konsistenz und Nachprüfbarkeit – herstellen muss, ohne dadurch Wahrheiten oder Wirklichkeiten abzubilden, wird dort weithin gesehen.

Die Geschichtswissenschaft konzentriert sich in ihrer Analyse auf eine genaue Situationskenntnis und verlässt sich auf das persönliche Urteilsvermögen des Forschers.<sup>136</sup> Selbstverständlich hält sie dabei die wissenschaftlichen Standards der Sorgfalt und Überprüfbarkeit ein – Forscherkenntnisse sollen nachvollziehbar und nicht frei erfunden sein, auch nicht durch das Setzen von Fußnoten aus reinem Selbstzweck wissenschaftliche Autorität erlangen.

Deutlich wird am bisher Geschilderten, dass sich das Institut für Demokratieforschung den Zweifeln der Ethnologen und Historiker an der reinen Erkenntnis anschließt. Denn da sich die sozialen und kulturellen Bezugspunkte von Menschen stark voneinander unterscheiden, transportieren Handlungen und Äußerungen für verschiedene Menschen auch verschiedene Bedeutungen.<sup>137</sup> Bevor Annahmen bestätigt oder zurückgewiesen werden, muss also der Bezugsrahmen derjenigen Menschen verstanden werden, über die man Erkenntnisse gewinnen möchte. Dem zum Trotz verschließt sich die Politikwissenschaft oftmals derartigen Erkenntnissen. Die Gewinnung von Wahrheit durch quantifizierende Forschung, die Darstellung von sozialen Gesetzmäßigkeiten anhand struktureller Gegebenheiten, nicht zuletzt die völlige Ignoranz gegenüber individuellen Faktoren, gelten als Gradmesser politikwissenschaftlicher Qualität. Natürlich vermögen auch die quantifizierenden Ansätze, etwa in der Einstellungs- oder Wahlforschung, streng normierte Policy-Analysen und die Berechnung von Fraktionalisierungsindizes Wirklichkeiten abzubilden. Aber es ist eben bloß ein Ausschnitt der Wirklichkeit, der das handelnde Subjekt, den Menschen, in seinen Prägungen und Eigenheiten, entweder aus der Betrachtung ausschließt<sup>138</sup> oder aber über Regressionsanalysen einbindet und in gewissem Maße normiert.

Doch eben jener Ausschluss des Individuellen aus der Betrachtung auf der einen, und ein klar definiertes Methodendesign auf der anderen Seite erfahren in den benachbarten Wissenschaften deutlichen Widerspruch. Hier nähert man sich schon längst seinem Untersuchungsgegenstand mit

---

<sup>135</sup> Vgl. hierzu Michael Hellenthal: Eklektizismus. Zur Ambivalenz einer Geisteshaltung und eines künstlerischen Konzepts, Frankfurt am Main u.a. 1993, S. 31-44.

<sup>136</sup> Daniel Morat: Braucht man für das Verstehen eine Theorie. Bekenntnisse eines Neohermeneutikers, in: Jens Hacke/Matthias Pohl (Hrsg.): Theorie in der Geschichtswissenschaft. Einblicke in die Praxis des historischen Forschens, Frankfurt am Main/New York 2008, S. 41-52.

<sup>137</sup> „Sie [Kultur] ist ein Kontext, ein Rahmen, in dem sie [Zeichen] verständlich – nämlich dicht – beschreibbar sind.“ Ebenda: S. 21.

<sup>138</sup> Als Stereotypen und gleichsam prominentes Beispiel kann hier die Systemtheorie Niklas Luhmanns gelten, die von Menschen abstrahiert, keine Akteure außerhalb von Systemen kennt.

verschiedensten Zugriffen, bemüht man sich um ein reflexives Verstehen und Aushandeln zwischen gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Wirklichkeit.

Eine Möglichkeit dieses reflexiven Aufeinanderzugehens zwischen wissenschaftlichem Elfenbeinturm und gesellschaftlicher Deutung ist die Selbstbefreiung des Politikwissenschaftlers vom Methodenzwang. Er sollte sich vielmehr seinem Forschungsobjekt, sei es nun der Mensch, seien es Mythen oder seien es ganz konkret z.B. Parteien, anpassen und dem erratischen, eklektizistischen und zeitlich differierenden Selbst des Untersuchungsgegenstandes ebenso begegnen. Im Zentrum eines solchen Prozesses sollte deshalb das stehen, was Georg Simmel als „ein Grundereignis des menschlichen Lebens“ und ein „Urphänomen des menschlichen Geistes“ bezeichnete: das Verstehen.<sup>139</sup>

Kurz, Politikwissenschaftler sollten sich vor allem neugierig ihrem Untersuchungsgegenstand nähern. Und, mehr noch, den Irrglauben vermeiden, es gäbe am Anfang einer Untersuchung ein geschlossenes Theorienset, nach dessen Abhandlung sich überraschende Erkenntnis einstellt. Es gilt die Freude am komplexen intellektuellen Wagnis der Forschung – um Geertz zu paraphrasieren – durch den Forschungsprozess zu retten und letztlich auf Papier zu bringen. Deshalb bedarf es des methodischen Eklektizismus, der durch den Rückgriff auf eine Vielzahl an kleineren, mittleren mitunter auch größeren theoretischen Versatzstücken befreiend und inspirierend auf den Forscher und seine Ergebnisse wirken kann. Kurzum, der Politikwissenschaftler sollte sich verhalten wie der Historiker, der sich Fragen der Erinnerungskultur<sup>140</sup>, der Geschichtspolitik, verschiedensten historischen Zugängen, von der Alltagsgeschichte<sup>141</sup> über die Generationengeschichte,<sup>142</sup> von der Intellektuellengeschichte<sup>143</sup> bis hin zur Mentalitätsgeschichte,<sup>144</sup> stellen muss.

Zugleich bedarf es der kulturwissenschaftlichen Rückkopplung, die nicht allein im Bereich der Politischen Kulturforschung beheimatet sein, sondern darüber hinaus Anwendung finden sollte. Auch in ihr gab es einen „cultural turn“, in dem durch die Verschiebung des analytischen Interesses von *Einstellungen* auf *Vorstellungen* eine Öffnung des Blicks in der politischen Kulturforschung betrieben wurde.<sup>145</sup> Dies scheint auch auf dem Feld des Vorpolitischen lohnend, vor allem dort, wo er die gewohnten Pfade liberal-rationalitätstheoretischer Natur verlässt, denn der kulturalistische Blick

---

<sup>139</sup> Zit. nach. Daniel Morat, Bekenntnisse, S. 50.

<sup>140</sup> Ausgehend von Frankreich wird durch die grundlegenden Arbeiten über „Erinnerungsorte“ von Pierre Nora diese historische Herangehensweise verfolgt. Erinnerungsorte sind dabei nicht wörtlich als Orte zu verstehen, sondern beschreiben Kristallisationspunkte des Kollektivgedächtnisses. An ihnen wird u.A. verdichtet deutlich, welches Bild die Gesellschaft von sich selbst besitzt. Vgl.: Nora, Pierre: Erinnerungsorte Frankreichs, 2005.

<sup>141</sup> Vgl. bereits Alf Lüdtke: Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt/Main 1989.

<sup>142</sup> Vgl. Ulrike Jureit: Generationenforschung, Göttingen 2006.

<sup>143</sup> Vgl. etwa Dominik Geppert / Jens Hacke: Streit um den Staat, Göttingen 2008.

<sup>144</sup> Vgl. etwa Christian Schwaabe: Die deutsche Modernitätskrise. Politische Kultur und Mentalität von der Reichsgründung bis zur Wiedervereinigung, München 2005

<sup>145</sup> Inspiriert wurde dies durch die Kritik Karl Rohes, am auf die Einstellungsforschung fixierten Zugang zur politischen Kulturforschung. „Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung“, in: Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung (= Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18), Opladen 1987. „Vor allem symbolische Formen und Praktiken, also materiale und sichtbare Produkte menschlichen Handelns rücken nun in das Zentrum des Interesses [...] Durch den veränderten Begriff von Kultur erweitert sich auch das Repertoire an Methoden, Referenztheorien und Gegenständen, welche nun Anwendung finden und untersucht werden.“ Vgl. Birgit Schwellung: Der kulturelle Blick auf politische Phänomene. Theorien, Methoden, Problemstellungen, in: dies. (Hrsg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen, S. 11-32, hier S. 21f.

„vermag zu den Voraussetzungen des Politischen – wie des Ökonomischen – in den sozialen Praktiken und den Diskursen vorzudringen, von denen die liberalen Rationalitätstheorien abhängen.“<sup>146</sup> Und nicht zuletzt bietet der kulturwissenschaftliche Blick eine, auch durch historische Methodik gedeckte, deutliche Erweiterung der Quellenlage, auf der ein Politikwissenschaftler seine Forschung begründen kann. Während für einen Historiker ohnehin alles Quelle sein kann, mithin zur Erklärung herangezogen werden darf, ist es für den Kulturwissenschaftler vor allem praktisch, alles vom Menschen produzierte in seine Analysen betten zu können. Es gilt, Texte, Diskurse, kulturelle Praktiken und vieles mehr festzustellen und dann auch so festzuhalten.<sup>147</sup> Das Institut für Demokratieforschung will sich diesen Anforderungen stellen, um so seinem Selbstanspruch gerecht zu werden, politische Phänomene anhand der untergründigen Mentalitätsströme der Gesellschaft untersuchen und im historischen Längsschnitt deuten zu können.

---

<sup>146</sup> Vgl. Andreas Reckwitz: Die Politik der Moderne aus kulturtheoretischer Perspektive: Vorpolitische Sinnhorizonte des politischen, symbolische Antagonismen und das Regime der Gouvernementalität, in: Birgit Schwelling: (Hrsg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen, S. 33-56, hier S. 54.

<sup>147</sup> Als Vorbilder könnten hier kulturwissenschaftliche Analysen bspw. Robert Pfallers oder Slavoj Žižeks gelten, die durch ihren allumfassenden Blick auf verschiedenste gesellschaftliche Phänomene untergründigste Mechanismen zu erklären im Stande sind.